

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Dezember 2003 Nummer 262
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: Eisenberg

Widerstand und Selbsthilfe auch im Wendland

Schwerpunkte

Machen statt meckern

Bauern mischen eifrig mit, um ihre Verhandlungsposition zu stärken: Von Süd bis Ost organisieren sie einen Streik, mischen den Verband auf oder blockieren den Castor. Porträts von Bauern und ihren Aktivitäten auf den **Seiten 2, 12 und 13**

Zukunft diskutieren

In Rom trafen sich die Bauern und Bäuerinnen der CPE, um sich über die nationale Umsetzung der Agrarreform auszutauschen. Auch in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt arbeiten Alerinnen und Aler zu Prämien und Modulation. **Seite 4**

Porträts

Nichts fürs Nichtstun

Nur fürs Mulchen gibt es noch keine Prämien. Im Interview setzt EU-Kommissar Franz Fischer in der ländlichen Entwicklung auf die Bauern. Bei Milch hält er einen hohen Außenschutz für notwendig. **Seite 2 und 3**

Falsches Spiel um Hennen

Die Nutztierhaltungsverordnung wird im Bundesrat blockiert – und damit Tierschutz und bäuerliche Landwirtschaft in Frage gestellt. Zuwenig Platz für Schweine will der Bundesrat und die Hennen weiter in den Käfig sperren. **Seite 6**

Beiträge

Alte Genossen im Norden

Nordfleisch geht an Bestmeat – größere Konzerne, weniger Wettbewerb. Nordmilch schließt Hälfte der Standorte. **Seite 8**

Schwein gehabt

Tierschutz allein macht keinen Bauern reich – er muss Qualität auch vermarkten können. Eindrücke von der Abl-Schweinetagung auf **Seite 11**

Weitere Themen:

Nachbauprozess **Seite 5**, Entkopplung **Seite 7**, Gentechnik **Seite 10**, Pohlmann **Seite 15**, Hanftag **Seite 16**, Das Stührwoldt-Buch! **Seite 24** und vieles mehr

Wieder einmal fand ein Transport mit 12 Castorbehältern gefüllt mit hochradioaktivem Müll aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich in das sogenannte Zwischenlager nach Gorleben statt. Und wieder einmal formierte sich nicht nur die Polizei, um diesen Transport zu schützen, sondern auch der Widerstand regte sich. Zu einer Auftaktkundgebung in Dannenberg kamen 6.000 Leute und 200 Schlepper. Es waren Gäste aus Frankreich und erstmals aus Australien angereist, die unseren Widerstand unterstützen. Durch die Besucher wurde deutlich, dass es nicht nur um diesen oder einen der nächsten Castortransporte geht, sondern um die immer noch ungelöste Problematik der Atomindustrie: angefangen beim Uranabbau in Australien, über die verharmlosten Gefahren der Atommeiler in den verschiedenen Ländern bis hin zu der



weltweit noch nicht gelösten

Entsorgung des radioaktiven Mülls.

Auch diesmal musste der Castortransport wieder von ca. 13.000 Einsatzkräften gesichert werden. Das Wendland befindet sich in dieser Zeit in einem Belagerungszustand. Überall grüne Uniformen, in jedem Feldweg, an den Höfen, an den Tankstellen oder in den Schnellrestaurants. Aber dieses Grün ruft im kalten November auch wieder Wendländer und ihre

Gäste auf den Plan. So kommt es zu Straßenblockaden, an denen Trecker, Autos und natürlich viele Leute teilnehmen, es ist ein sehr buntes Bild: Die Straßen mit Stroh eingestreut, es ist schließlich sehr kalt nur so auf der Straße zu sitzen, ein Kultur-

KOMMENTAR

Der Widerstand lebt

program findet statt, auch ein Musikwagen und natürlich auch ein Dixie-Klo, es gibt Suppe und heißen Tee. Die Stimmung auf Seiten der Castorgegner ist gut und entspannt. Ich habe schon lange nicht mehr einen derart jungen Widerstand gesehen, auch bei uns Bauern. Die Polizei beschlagnahmte ca. 40 Trecker und einen Acker, auf dem die Trecker dann eingezäunt werden konnten, es wurden zudem ganze Ortschaften abgeriegelt und wieder viele Leute in

Gewahrsam genommen. Eines ist dieses Jahr wieder sehr deutlich geworden: der Widerstand im Wendland lebt! Er besteht schon seit über 25 Jahren und wird nicht leiser, es fehlt auch nicht an Nachwuchs, das ist klar.

Die Verantwortlichen müssen sich wohl damit abfinden: es wird nie „normale“ und reibungslose Castortransporte nach Gorleben geben. Der diesjährige Castortransport wurde erstmals von Franzosen in Frankreich aufgehalten, um auf die umstrittene Wiederaufbereitungsanlage und die gefährlichen Transporte hinzuweisen.

Es wird Zeit, dass die Politik ernst macht mit dem Ausstieg aus der Atomenergie. Keine Wiederaufbereitung in Frankreich sondern Zwischenlager direkt an den Atomkraftwerken, dann muss es auch keine teuren Castortransporte geben. In Gorleben ist schließlich nur eine Halle, die als Zwischenlager dient, und kein Endlager.

Hans-Werner Zachow, Bauer aus dem Wendland.

EU-Agrarkommissar Fischler: „Mulchen reicht nicht“

Im Interview mit der Bauernstimme tritt Franz Fischler Befürchtungen zur Entkopplung entgegen, erläutert seine Ziele zur ländlichen Entwicklung und betont, wie wichtig ihm Außenschutz bei den WTO-Verhandlungen ist

Herr Kommissar Fischler, in den letzten Tagen haben sich in Salzburg über tausend Experten aus ganz Europa auf Ihre Einladung hin mit Perspektiven der ländlichen Entwicklung in der EU beschäftigt. Was ist unter „ländliche Entwicklung“ zu verstehen?

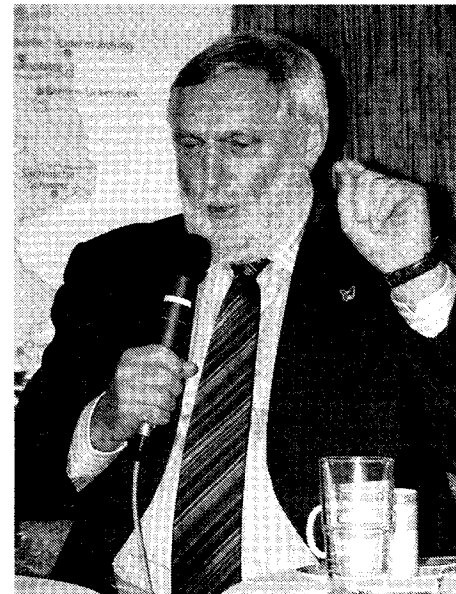
Mit der ländlichen Entwicklung wollen wir die Landgebiete, im Unterschied zu den Stadtgebieten, an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung beteiligen. Dazu brauchen wir eine spezifische Politik für eine Entwicklung, die die Stärken der ländlichen Gemeinden zur Geltung bringt. Das kann nicht einfach ein Nachahmen dessen sein, was man in den Städten macht.

Was ist dabei die Rolle der Bauern und Bäuerinnen?

Die Rolle der Bauern dabei ist eine Zweifache. Auf der einen Seite ist es völlig klar, dass die Bauern bzw. die landwirtschaftliche Tätigkeit für das Land eine unverzichtbare Rolle darstellen. Das heißt, es gibt keine ländliche Entwicklung ohne Bauern. Auf der anderen Seite haben die Bauern auch die Rolle, stärker als in der Vergangenheit eine Verbindung herzustellen zu den anderen Teilen der Gesellschaft, die auf dem Land lebt, um hier als eine Art Katalysator zu wirken.

Viele Bauern klagen schon jetzt über zuviel Arbeit, nun sollen sie sich auch noch um Regionalentwicklung kümmern. Gibt es wenigstens Hilfestellungen der Politik für diese neue Funktion?

Es muss natürlich nicht jeder Bauer diese Aktivitäten in der selben Art und Weise ausüben. Selbstverständlich muss jeder Bauer planen, wie er seinen Betrieb optimiert und wie viele Elemente er von den ländlichen Entwicklungsangeboten auf seinem Hof verwirklicht. Was die Belastung angeht, so darf man ja nicht immer was dazugeben, sondern man muss auch überlegen, wo man Arbeit einsparen kann. Unsere Hilfen sind in erster Linie Investitionshilfen, wenn man in neue Bereiche investieren möchte, und zweitens gibt es für manche Bereiche jährliche Zahlungen, z.B. wenn ein Bauer seinen Betrieb auf ökologische Landwirtschaft umstellt.



Franz Fischler, Agrarkommissar der Europäischen Union. Fotos: Meixner

Wenn man diese Bereiche ausbauen will, braucht es mehr Geld. Nun ist aber im Rahmen der EU-Agrarreform die Modulation mit maximal fünf Prozent geringer ausgefallen, als Sie es ursprünglich vorhatten. Woher soll das Geld kommen?

Ja, die Modulation ist nicht ganz so hoch ausgefallen, wie wir das ursprünglich geplant hatten. Aber immerhin werden im Wege der Modulation immer noch 1,2 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen, das ist ja nicht nichts! Zudem geht es

jetzt darum, dass im Zuge der Verhandlungen über die neue finanzielle Vorausschau für die Jahre ab 2007 das umgesetzt wird, was zumindest dem Prinzip nach die Regierungschefs im Oktober letzten Jahres beim Gipfel in Brüssel schon einmal ausgemacht haben: dass nämlich erstens den Bedürfnissen der in benachteiligten Regionen lebenden Bauern Rechnung zu tragen ist und zweitens in der gesamten Union die multifunktionale Landwirtschaft aufrechterhalten wird.

Darüber hinaus glaube ich, dass man in einem Land wie z.B. Deutschland natürlich auch überlegen muss, ob es nicht teilweise sinnvoller bzw. weniger kostenaufwändig ist, wenn eine Verstärkung der ländlichen

■ ■
„Es gibt keine ländliche Entwicklung ohne Bauern“
■ ■

Fortsetzung von Seite 2

Entwicklungspolitik auch mehr mit nationalen Beihilfen unternommen wird.

Kern der im Sommer beschlossenen Reform der EU-Agrarpolitik ist die Entkopplung. Es gibt Befürchtungen, dass die Entkopplung in benachteiligten Regionen zur Produktionsaufgabe führen kann, etwa bei der Mutterkuhhaltung. Wie ist trotzdem eine flächendeckende Landwirtschaft zu gewährleisten?

Also erstens sehe ich diese Befürchtung nicht, bzw. wenn überhaupt, dann nur in sehr kleinen Grenzen. Ich glaube nicht daran, dass die Landwirte gerade die extensiven Haltungsformen aufgeben, und zwar aus dem einfachen Grund: Wenn sie die wirklich aufgeben, bekommen sie überhaupt keine Prämie mehr. Denn wir legen ja Wert darauf, dass die Flächen weiter bewirtschaftet werden. Und wenn sie nicht

mit weniger arbeitsaufwendigen Methoden wie der Mutterkuhhaltung bewirtschaftet werden, welche anderen Methoden sollen denn dann angewandt werden? Wie gesagt, wir werden nie die Landwirte bezahlen fürs Nichtstun.

Möglicherweise könnte Mulchen ausreichen, um die Prämien zu erhalten; also einmal drüberfahren und mähen und das Mähgut liegen lassen...

Also wir reden von landwirtschaftlicher Bewirtschaftung. Mir ist neu, dass Mulchen eine rein landwirtschaftliche Bewirtschaftung ist.

Vor der Salzburger Konferenz gab es Gerüchte, dass Einige u.a. in der Kommission die ländliche Entwicklung von der Agrarpolitik trennen wollten. Man hätte dann von einer Art Abschiedskonferenz sprechen können. In Ihrer Abschlussrede in

Salzburg war davon nichts mehr zu hören. Ist die Gefahr also gebannt?

Es gibt zwei Tendenzen: Ich möchte, dass alle Mittel, die heuer in der ländlichen Entwicklung verausgabt werden, in einen Topf zusammenfließen, d.h. dass die Gelder aus dem so genannten Ausgleichsfond mit in einen ländlichen Entwicklungsfond eingespeist werden. Auf der anderen Seite stimmt es, dass es gewisse Tendenzen gegeben hat oder noch gibt, die ländliche Entwicklung völlig von der Agrarpolitik abzutrennen. Ich kann nur sagen, dass ich persönlich mich so gut ich kann dafür einsetzen werde, dass das nicht passiert. Aber die Entscheidungen werden ja bekanntlich nicht von der Kommission, sondern letztendlich von den Regierungschefs gefällt.

Ländliche Entwicklung ist ja keine europäische Erfindung; sie ist wenigstens genauso wichtig in Teilen der Erde, wo Hunger herrscht und selbst die ländliche Bevölkerung nicht satt wird. Nicht nur im Zusammenhang mit den aktuellen WTO-Verhandlungen wird der EU immer wieder vorgeworfen, mit ihren Exportsubventionen die ländliche Entwicklung dort zu behindern. Was sind hier Ihre Angebote?

Es gibt diesen Vorwurf, aber man muss doch überprüfen, ob so ein Vorwurf auch berechtigt ist. Wenn wir uns unsere Exportzahlen anschauen, dann haben wir in den letzten Jahren bei allen agrarischen Produkten, wo wir exportieren, Marktanteile eingebüßt. Wenn also die Exportförderungen die Wirkung hätten, dass wir andere aus dem Markt drängen würden, dann müssten wir ja statt dessen aber dazu gewonnen haben.

Zum Zweiten haben wir die Exportförderungen massiv abgebaut. Die spielen bei weitem nicht mehr die Rolle, die sie Anfang der 90er Jahre gespielt haben; leider werden in der öffentlichen Debatte noch die Zahlen der 90 Jahre verwendet. Und zum Dritten darf man eines nicht übersehen: Leider ist es trotz der massiven Einbußen an Marktanteilen und trotzdem Europa die Grenzen öffnet leider so, dass nicht die Ärmsten der afrikanischen Staaten von dem wachsenden Welthandel profitieren, sondern einige sehr stark exportorientierte Entwicklungsländer wie Brasilien. Die schöpfen hier den Rahm ab.

Aber nicht nur Exportsubventionen stehen in der Kritik, auch die entkoppelten Zahlungen werden stark kritisiert und als verstecktes Dumping auf internationalen Märkten angesehen, solange sie an nur geringere Auflagen bzw. soziale und ökologische Kriterien gebunden sind.

Also das ist Unsinn. Das können nur Leute sagen, die unsere Auflagen nicht kennen. Davon abgesehen frage ich mich, woher man wissen will, dass unsere Auflagen zu gering sind, obwohl unsere Reform bisher noch gar nicht implementiert ist.

Kommen wir zur Stimmung in der Landwirtschaft. Da gibt es viel Verunsicherung, weil sich viel verändert. Da ist die Reform der EU-Agrarpolitik, da sind die WTO-Verhandlungen, die EU-Osterweiterung, vielleicht auch jetzt der Umbau der zweiten Säule, und über allem schwebt das Preistief in vielen Bereichen. Können Sie den Bauern und Bäuerinnen trotzdem noch Mut zusprechen?

Ich glaube, was gerade im heurigen Jahr viele Bauern mutlos gemacht hat war, dass wir immer stärker von Naturkatastrophen heimgesucht werden, wenn ich an die große Flut im vorigen Jahr und heuer die große Dürre denke. Wir müssen uns also stärker überlegen, wie wir uns gegen derartige, von uns nicht beeinflussbare Entwicklungen schützen können, etwa in Form von Versicherungen.

Zweitens: Was die Preise betrifft, bin ich der Auffassung, dass wenn wir die Produktionsmengen an das anpassen, was der Markt verlangt, dass dann auch die Preise wieder stimmen. Wir können das aber nur tun, wenn wir weiter einen vernünftigen Außenschutz haben.

Bleibt es also bei einem gewissen Maß an Sicherheit, an Außenschutz? Das muss auf jeden Fall bleiben. Wir haben uns deswegen auch massiv dafür stark gemacht, dass es ein Splitting gibt in so genannte sensible Produkte, wo eben der Außenschutz stärker erhalten bleiben muss, und solche Produkte, wo wir eigentlich keinen großen Außenschutz brauchen, weil wir da keine Probleme haben. Wenn ich an mediterrane Produkte wie Olivenöl denke: Warum brauchen wir da einen starken Außenschutz? Wir produzieren sowieso 80 Prozent der Weltproduktion, genau so ist es beim Wein und bei vielen anderen Produkten.

Und bei der Milch?

Bei der Milch ist das völlig anders, da brauchen wir einen Außenschutz. Ich habe ja gesagt, die sensiblen Produkte muss man anders behandeln, und die Milch ist nahezu das sensibelste Produkt.

Herr Kommissar Fischler, vielen Dank für das Gespräch.

Hoher Besuch im Chiemgau



Das Ehepaar Remmelberger (li.) begrüßte EU-Agrarkommissar Fischler (r.) und Bundeslandwirtschaftsministerin Künast (mi.)

Was ländliche Entwicklung in der Praxis heißt, das hat sich die Agrarprominenz aus Brüssel und Deutschland am 14. November auf dem Hof der Familie Remmelberger im Chiemgau angesehen. Der AbLer Andreas Remmelberger begrüßte neben Bundesministerin Renate Künast und EU-Agrarkommissar Franz Fischler den polnischen Landwirtschaftsminister Wojcinech Olejniczak, den AbL-Bundesvorsitzenden und Vizepräsidenten des Agrarausschusses im Europaparlament Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, den Unterabteilungsleiter im Bundesministerium Wolfgang Reimer, den Bioland-Vorstand Thomas Dosch, um nur einige zu nennen, und führte sie von Stand zu Stand. Denn

es präsentierten sich die Modellregionen „Chiemgau-Inn-Salzach“ und die Partnerregionen Hohenlohe und Schwäbisches Donautal. Und so gab es viel zu probieren und zu begreifen: Käse aus einer fahrbaren Hofkäserei, die von Hof zu Hof fährt; Schinken von Schwäbisch-Hällischen Schweinen; neue Baustoffe aus Holz und nicht zuletzt die Müsliriegel aus der „Schweine-Schule“, die von Grundschule zu Grundschule reist und in der Kinder für ein paar Stunden zu Bäckern werden. Natürlich kam auch die hohe Politik in der Abschlussdiskussion nicht zu kurz. – Ein besonderer Tag für die Region, aber sicherlich auch für die hohe Prominenz. *uj*

Verband der Landwirte im Nebenberuf e.V. (VLN) Sachsen-Anhalt tagte

Der VLN Sachsen-Anhalt diskutierte die aktuelle Agrar- und Sparpolitik. Da sieht es für die kleineren Betriebe nicht gut aus. „Mit dem geplanten Sockelbetrag von 400 Euro bei der Agrardieselverbilligung wären im Schnitt alle nebenberuflichen Landwirte von der Agrardieselverbilligung ausgeschlossen“, so Landesvorsitzender Jens Reichardt. Diese Kürzung soll ermöglichen, die Zuschüsse zu der Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) geringer als zunächst geplant abzusenken. Nebenerwerbslandwirte sind aber in der Regel nicht versicherungspflichtig in der LKK, nur Haupterwerbslandwirte. Also: hier soll der Kleine für den Großen sparen. Das werde der Verband nicht akzeptieren. Positives gab es zur Mitgliederentwicklung des VLN zu vermerken: Immer mehr Landwirte im Nebenerwerb und auch kleinere Haupterwerbsbetriebe werden dank verstärkter Öffentlichkeitsarbeit auf den Verband aufmerksam. pm



(v.l.n.r.) Margrit Weimeister (Ehrevorsitzende VLN), Dr. Hermann Onko Aeiens (Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt), Jens Reichardt (Landesvorsitzender VLN), Dr. Christoph von Katte (Schatzmeister VLN)
Foto: VLN Sachsen-Anhalt

AbL-Landesgruppe Brandenburg gegründet

Weil es in Brandenburg bisher noch keinen AbL-Landesverband gab, hat sich dort jetzt eine Landesgruppe der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gegründet. Wer mitmachen und aktuelle Fragen der Agrarpolitik diskutieren möchte, wende sich bitte an Cornelia Schmidt, ☎ 03879-12518, Erich Degreif, ☎ 033204-35648, Bernd Hüsgen, ☎ 033704/66161 (Adressen siehe AbL-Kontakte auf Seite 23).

Gegen Gentech-Obstversuch

Bereits Hunderte von Einwendern gibt es in Dresden gegen die Pläne der Bundesanstalt für Züchtungskunde, den bisher größten Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Apfelbäumen umzusetzen. Gegner befürchten – trotz Folientunneln – einen Pollenflug auf die Plantagen der Umgebung. Am geplanten Standort Pillnitz werden zudem wertvolle Apfelsorten im Rahmen einer international anerkannten Datenbank für Obst gepflegt. Nun hat das Bundeslandwirtschaftsministerium den Versuch gestoppt. pm

Konzert Erlöse für Bauern

In den USA fanden sich 1985 einige Musiker zu FarmAid zusammen. Eine Organisation, die bäuerliche Betriebe dabei unterstützen will, weiterhin frische, gesunde Nahrungsmittel in der Region für alle produzieren zu können. „Stop factory farms“ (Stopp Agrarfabriken) ist einer der Slogans, mit denen zum Beispiel Neil Young und Bob Dylan auf ihren Konzerten auf die Situation der ländlichen Räume Amerikas aufmerksam machen wollen, wo Dörfer und sogar Kleinstädte veröden, weil durch die Industrialisierung der Landwirtschaft auch dort immer mehr Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich wegfallen. Die Gewinne aus FarmAid Konzerten (bereits mehr als 17 Mio. US\$) gehen an Projekte von und für Bauern, die sich in den Bereichen ländliche Bildung, Telefonseelsorge, Notfallhilfe bei Dürreschäden, nicht-kommerzielle technische Hilfe für bäuerliche Betriebe und ähnliches engagieren. ak

Aus den AbL-Landesverbänden

Erste Mitgliederversammlung der neugegründeten AbL-Sachsen-Thüringen und Herbsttagung der AbL-Niedersachsen

Auf großes Interesse traf die erste Mitgliederversammlung der AbL-Sachsen-Thüringen. Neben Vertretern anderer Verbände, z.B. der Nebenerwerbslandwirte (VLN), waren vor allem interessierte Bauern und Bäuerinnen gekommen, die noch nicht Mitglied der AbL sind. Bereichert wurde die Veranstaltung durch Georg Janßen (AbL-Bundesgeschäftsführer) und Sepp Bichler (AbL-Landesvorsitzender Bayern). Diskutiert wurden die EU-Agrarreform und die ungerechte Vergabepaxis bei BVVG-Flächen, die den Einstieg für Existenzgründer und Wiedereinrichter in Ostdeutschland fast unmöglich macht. Auch bewegte die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit die Teilnehmer, v.a. im Hinblick auf die Versicherungssysteme. Diskutiert wurde weiter die Attraktivität des ländlichen Raumes, Zukunftsfähigkeit der Milchviehbetriebe und Gentechnik in der Landwirtschaft. Das neue Gentechnikgesetz war zentrales Thema der AbL in Niedersachsen. Disku-

Der AbL-Landesverband Sachsen-Thüringen führt die Diskussion zu Agrarpolitik und Gentechnik am 9. Dezember 2003 um 20 Uhr in der Drei-Königs-Kirche in Dresden weiter. Dort stellt sich der Sächsische Minister für Umwelt und Landwirtschaft, Steffen Flath, der Diskussion.

tiert wurde, wie die gentechnikfreie Landwirtschaft geschützt werden kann. Henning Strodthoff erläuterte die Position von Greenpeace. Wie man eine Fütterung mit gentechnikfreiem Futtermittel gewährleisten kann, erläuterte Detlef Schlichting, Vorstandsmitglied der Erzeugergemeinschaft ZNVG, die das Gutfleisch-Programm von Edeka beliefert. Für die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform forderte AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz eine gerechtere Verteilung der Prämien sowie die Verwendung der Modulationsmittel für Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Suse Lempe/ak/we



Tagung AbL-Niedersachsen (v.l.n.r.): Martin Schulz (Landesvorsitzender), Karl-Heinz Rengstorff (AbL Heide-Weser), Henning Strodthoff (Greenpeace), Georg Janßen (AbL-Bundesgeschäftsführer), Detlef Schlichting (Erzeugergemeinschaft ZNVG), Cord Pralle (Vorstandsmitglied Niedersachsen), Andreas Backfisch (stellvertr. Landesvorsitzender).
Foto: Wöltjen

CPE diskutiert Agrarreform

Mitte Oktober trafen sich rund 50 Mitglieder der europäischen Agraropposition CPE aus 14 europäischen Ländern, um sich über die Auswirkungen der Luxemburger Beschlüsse, die Folgen der WTO-Konferenz in Cancun sowie den nationalen Stand der Auseinandersetzungen bei der Grünen Gentechnik auszutauschen. Das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun wurde einhellig begrüßt und als Chance gesehen, dass künftig das Recht auf Ernährungssouveränität größere Berücksichtigung findet. Viele Organisationen und der CPE-Vorstand fürchten, dass die Weiterführung der Prämienpolitik genutzt wird, die Erzeugerpreise weiter zu drücken. Demgegenüber verteidigten Vertreter vor allem aus dem deutschsprachigen Raum die Entkopplung als Möglichkeit, nun zu einer gerechteren Verteilung und gesellschaftlicher Legitimierung der Zahlungen zu kommen. Die Renationalisierung der EU-Agrarpolitik wurde eher kritisch betrachtet, doch auch die Notwendigkeit gesehen, nun mit eigenen Konzepten in die nationale Prämien-Diskussion zu gehen. Die Zahlung

auf rein historischer Basis, wie im Betriebsmodell Fischlers vorgesehen, wurde weitgehend abgelehnt. Daher war das Interesse an den AbL-Vorschlägen zu größen- und arbeitskraftbezogenen gestaffelten Flächenprämien groß.

Die französische Bauernorganisation Modef ist wieder Vollmitglied der CPE. Als neuer Mitgliedskandidat stellte sich die ATB (ca. 500 bäuerliche Betriebe) aus Malta vor. Außerdem gibt es Anfragen aus Osteuropa und Griechenland zu Kooperation mit der CPE. Um Bäuerinnen in der CPE zu fördern, wurden als indirekte Folge der europäischen Bäuerinnenkonferenz einstimmig Satzungsänderungen beschlossen. In Zukunft werden mindestens zwei der fünf Vorstandssitze von Frauen besetzt. Alle Mitgliedsorganisationen müssen für eine geschlechterparitätische Vertretung im CPE-Rat sorgen.

Das nächste Treffen der europäischen Via Campesina Mitglieder findet am 14./15. Dezember in Guernica statt. Der CPE-Rat trifft sich vom 11. bis 13. März 2004.

Martin Hofstetter

Nächste Runde für den Bauern Schulin

Das Oberlandesgericht Frankfurt verhandelt unter Berücksichtigung des EuGH-Urteils das Verfahren Schulin weiter

Bald ist es wieder so weit. Mitten im vorweihnachtlichen Trubel wird sich Bauer Christian Schulin aufmachen zu Justitia. Diesmal ruft sie ihn zum Oberlandesgericht nach Frankfurt am Main. Begleitet werden wird Schulin nicht nur von den Anwälten der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren (IGN) sondern auch von einigen der bäuerlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Es geht wieder einmal und immer noch um die Auskunft, die die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) in Sachen Nachbau von ihm will.

Vorgeschichte

Wir erinnern uns: Vor über drei Jahren hatte der nordhessische Biobauer Schulin schon einmal mit dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main zu tun. Die dortigen Richter sollten in einer Berufungsverhandlung darüber entscheiden, ob Schulin den Forderungen der STV nach allgemeiner Auskunft darüber, ob und wenn ja mit welchen Sorten er Nachbau betrieben hatte, nachgeben muss oder nicht. Das Gericht sah sich außerstande, die Auslegung der dem deutschen Gesetz zu Grunde liegenden EU-Verordnung allein zu bewältigen und wandte sich an die nächst höhere Instanz für europaweite Rechtsangelegenheiten – den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dieser rollte das Verfahren mit viel Mühe auf, holte Stellungnahmen von Mitgliedstaaten und auch der EU-Kommission als Macherin der gesetzlichen Grundlage ein und kam schließlich im Frühjahr diesen Jahres zu einem Urteil. Demnach muss nur dann Auskunft gegeben werden, wenn ein Sortenschutzinhaber Anhaltspunkte vorbringen kann, dass seine geschützte Sorte von dem jeweiligen Bauern verwendet wurde. Die STV liest das Urteil anders. Ihrer Meinung nach reichen schon Anhaltspunkte dafür, dass ein Bauer überhaupt irgendeine geschützte Sorte anbaut, um Auskunft über seinen Umgang mit allen über fünfhundert ge-

schützten Sorten beanspruchen zu können. „Hätte der EuGH eine derart umfangreiche Auskunftspflicht des Landwirtes im Falle des einmal erklärten Nachbaus statuieren wollen, hätte er dies deutlich in die Entscheidung aufgenommen“, schreiben dazu die IGN-Anwälte in einer Stellungnahme.

Trotzdem bleibt es natürlich spannend, wie das Oberlandesgericht Frankfurt – bei

■ ■
 „Hätte der EuGH eine derart umfangreiche Auskunftspflicht des Landwirtes im Falle des einmal erklärten Nachbaus statuieren wollen, hätte er dies deutlich in die Entscheidung aufgenommen“, so die IG Nachbau
 ■ ■

dem als ursprünglich anfragenden Gericht der Fall nun wieder gelandet ist – das EuGH-Urteil interpretiert. Darum geht es nämlich in der für den 16. Dezember anberaumten Verhandlung. Es verspricht eine interessante Sitzung zu werden, allein schon um zu sehen, ob die Anwälte der STV noch neue Kaninchen aus dem Hut zaubern. Mit ihrem Spionagevorstoß der Ackerflächenobservierung waren sie ja bei den Frankfurter Richtern gescheitert. Katasteramtsauszüge und Gutachten über „wahrscheinlich“ dort auf den Feldern Schulins wachsenden Sorten hatte das Gericht als unzulässige Beweise abgelehnt.

Braunschweiger Verfahren

Anderen Gerichten reichen allerdings auch schon weit weniger Anhaltspunkte, um Beklagte zur Auskunft zu verpflichten. Wie ja bereits in der letzten Ausgabe der Bauernstimme berichtet, folgt das Landgericht Braunschweig genau der Argumentation der STV. Obwohl die Richter dort selbst einmal in einem früheren Verfahren formuliert haben: „So steht es nach geltendem Recht außer Frage, dass z. B. der Inhaber eines Patents keinen allgemeinen Auskunftsanspruch gegen alle Unternehmen hat, die für eine Benutzung in Be-



Bauer Christian Schulin wird nach seinem Erfolg vor dem EuGH erneut vor das OLG Frankfurt gezerrt. Foto: Schimpf

tracht kommen.“ War damals der Vergleich mit dem allgemeinen Rechtsschutz noch zulässig, ist er es heute offenbar nicht mehr. Nach wie vor sieht es so aus, als wollten die Braunschweiger Richter in 28 dort anhängigen Verfahren zugunsten der STV urteilen und Bäuerinnen und Bauern bereits zur allgemeinen Auskunft verpflichten, wenn sie auch nur mal Saatgut irgend einer geschützten Sorte gekauft haben. Die Richter würden sich allerdings darauf einlassen, zunächst nur in ein paar ausgewählten Musterverfahren die Urteile zu sprechen und dann die danach von der IGN angestrebten Berufungsverhandlungen abwarten, bevor auch die übrigen anhängigen Verfahren und – viel wichtiger noch – auch die zu erwartenden neu angestregten Verfahren endgültig entschieden würden. Mit diesem Vorgehen müsste sich allerdings die Gegenseite, also die STV, einverstanden erklären. Hier könnten Saatgut-Treuhand und Pflanzzüchter beweisen, ob es ihnen, wie immer wieder leutselig behauptet, tatsächlich um Rechtsklärung in den Verfahren geht oder um pure Abzockerei. Sollten sie ihre Chance nutzen und nach einem für sie positiven Urteil reihenweise niedersächsische Bäuerinnen und Bauern vor den Kadi zerren, pauschal Auskunft verlangen und Gebühren abkassieren, obwohl die Rechtslage noch nicht endgültig vor höheren Gerichten geklärt wurde, spricht das nicht gerade für ihre Glaubwürdigkeit.

Kontrolle

Das Landgericht Kaiserslautern ist der Ansicht, dass auch Bäuerinnen und Bauern, die in der Vergangenheit das Kooperationsabkommen unterschrieben haben, nicht klaglos STV-Hofkontrollen über sich ergehen lassen müssen. Wer das Kleingedruckte auf der Rückseite der Formulare nicht richtig gelesen hatte, ist damit nicht mehr automatisch der Dumme. Eine Entscheidung steht allerdings noch aus.

Nachbau-Tagung

Vor dem Verfahren gegen Christian Schulin plant die IGN eine Tagung zu organisieren. Kontakt IGN-Geschäftsführer Georg Jan-Ben.

Nach dem Prozess wird es am 16.12 eine Versammlung mit den Anwälten der IGN geben.

Tel: 04131-407757

Auf nach Frankfurt!

zum Verfahren gegen den Bauern Christian Schulin

am Dienstag,
den 16. Dezember
um 10 Uhr

am Oberlandesgericht
Genauere Information beim
Abl-Geschäftsführer
Tel: 04131-407757



Wie giftig ist Bt-Mais?

Hinweise auf Vergiftungserscheinungen bei Milchkühen, die mit genmanipuliertem Mais der Firma Syngenta gefüttert wurden, gab es in der Sendung „Mahlzeit – der Krieg ums Essen“ des Fernsehsenders SWR. Der Filmemacher Manfred Ladwig berichtete vom hessischen Landwirt Gottfried Glöckner, einem der ersten Landwirte, auf dessen Flächen Freisetzungsversuche durchgeführt wurden. Auch den zu Versuchszwecken begrenzt freigegebenen insektengiftigen Bt-Mais der Firma Syngenta baute er an und verfütterte ihn anschließend an seine Milchkühe. Von den Tieren seien einige an Vergiftungen eingegangen, was Glöckner auf den Bt-Mais zurückführt. Sollte diese Aussage belegbar sein, droht dem Gentech-Konzern ein noch unabsehbarer Skandal. pm

EU macht Druck auf Käfige

Die EU-Kommission hat Österreich, Belgien, Griechenland und Italien vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil diese die EU-Vorgaben für Mindestanforderungen an die Legehennenkäfige aus dem Jahre 1999 immer noch nicht umgesetzt haben. ED

Tod in heißen Ställen

Die Hitzewelle dieses Sommers hat in den französischen Geflügel-Anlagen zum Verenden von 4,6 Millionen Masthähnchen, Mastputen und Hühnern geführt, so der Präsident der französischen Geflügelproduzenten. pm

Drei Jahre ist's her...

Anlässlich der Ausgestaltung der EU-Agrarreform in Deutschland ist es sicherlich nützlich, den Kanzler an seine Äußerungen im Herbst 2000 (nach der BSE-Krise) zu erinnern:

„Die Landwirtschaft muss eine Perspektive jenseits der Agrarfabriken entwickeln. Es muss Schluss damit sein, dass die Subventionen für die Landwirtschaft die industrielle Massentierhaltung bevorzugen. (...) Der Ansatz, Familienbetriebe zu fördern, ist auf jeden Fall richtig.“ (Gerhard Schröder im Spiegel 49/2000).

Schmiergeld für Getreideexport-Tipps

Mit einer groß angelegten Polizeiaktion will die belgische Staatsanwaltschaft eine weitere große Betrugsaffäre um die EU-Kommission aufklären. Ein Kommissionsbeamter soll großen Getreidehandelskonzerne in Frankreich und den Niederlanden wertvolle Informationen über geplante Getreidesubventionen geliefert haben: über Getreidemengen, die zur Ausfuhr in Drittstaaten ausgeschrieben werden sollten und über die Höhe der dafür vorgesehenen EU-Exportertariffen. pm

Eier stempeln

Ab dem 1.7.2005 müssen Eier auch für den Verkauf auf Wochenmärkten mit einem Erzeugercode gekennzeichnet sein; die entsprechende EU-Verordnung wird wohl demnächst vom Ministerrat verabschiedet. Aus dem Stempel muss der Code des Erzeugerbetriebes sowie die Art der Legehennenhaltung hervorgehen. Auf die Direktvermarkter mit mehr als 350 Hennen kommen Investitionen zu. „Eine Anlage, die sortiert und stempelt, liegt bei 4.000 Euro. Für kleinere Betriebe ist das eine Zumutung,“ so ein niedersächsischer Bioland-Bauer mit 3.000 Hennen. Sein Kollege mit 1.000 Hennen denkt über die Anschaffung eines Zehner-Stempels nach: „Der kostet zwar nur 250 Euro, damit ist der Arbeitsaufwand aber sehr hoch.“ Dass man an jedem Ei die Herkunft erkennen kann, sehen beide zwar als Vorteil. Für ihre Betriebe halten sie jedoch auch jetzt schon größtmögliche Transparenz für gegeben, da sie Einzelhändler und den eigenen Marktstand nur direkt beliefern. Und: „Ein Ei mit Stempelcode auf dem Frühstückstisch finde ich unästhetisch – aber der Verbraucher wird sich daran gewöhnen und womöglich irgendwann ein ungestempeltes Ei für minderwertig halten.“ ak

KURZES AM RANDE

Tierschutz passé?

Im Zuge der Regelung der Schweinehaltung stellt der Bundesrat nun auch noch einmal die Legehennenhaltungsverordnung in Frage

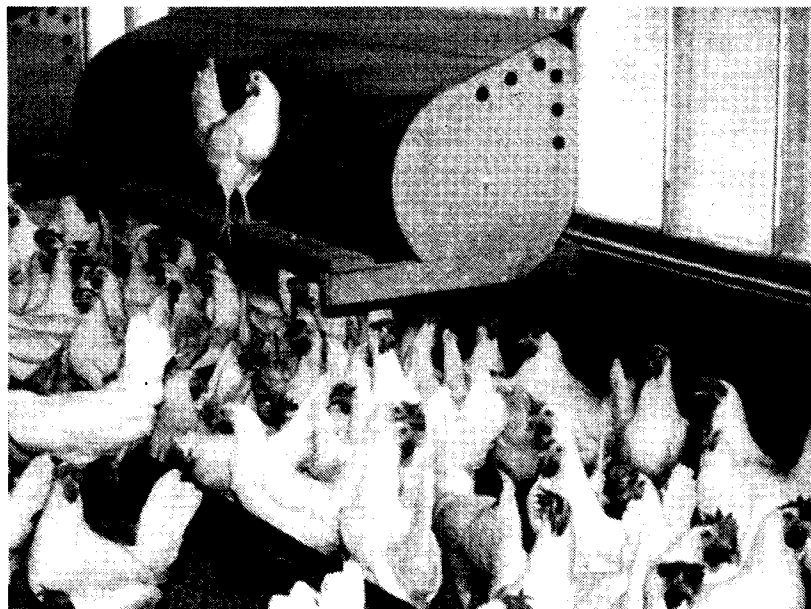
Das Verbot der Käfighaltung für Hühner ist seit Februar 2002 beschlossene Sache: In Deutschland sind ab 2007 nur noch Boden- und Freilandhaltung erlaubt; für tiergerechte Stallbauten stehen Fördermittel zur Verfügung (siehe BS 1/2002). Doch da die gesamte Tierhaltung in einer Verordnung zusammengefasst ist, steht mit der Regelung der Schweinehaltung nun auch die Hennenhaltung wieder zur Debatte. Bauernverband und Zentralverband der deutschen Geflügelwirtschaft fordern, dass die herkömmliche Käfighaltung noch bis 2009 erlaubt bleibt und über 2011 hinaus zur Erprobung Hühner in Kleingruppen in ausgestalteten Käfigen gehalten werden könnten. Elf Bundesländer haben im Agrarunterausschuss des Bundesrates dafür gestimmt, die Käfighaltung weiter zu ermöglichen. Sie berufen sich auf eine jüngst veröffentlichte Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass Hennen in Käfigen am gesündesten lebten. „Die Relevanz dieser Studie ist fraglich. Die Daten beruhen fast nur auf schriftlichen Selbstauskünften von 72

Bei den Schweinen fordert die Mehrheit der Länder im Bundesrat Maßstäbe, die im Tierschutz weit hinter den Vorschlägen von Renate Künast zurückbleiben. Dem Vorschlag des Bundesministeriums, der sich eng an den Schweinehaltungserlass von 2001 des Landes Nordrhein-Westfalen anlehnt und für Schweine in der Endmast 1,1 m² Platz fordert, setzt der Entwurf der Länder nur 0,75 m² pro Schwein entgegen. Das Argument, mehr Tierschutz würde Arbeitsplätze in der Landwirtschaft kosten, lässt Bärbel Höhn, Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, nicht gelten: „In der Batteriekäfighaltung gibt es bereits eine Industrialisierung der Landwirtschaft. Erste Tendenzen in Richtung solcher großen Betriebe gibt es auch schon in der Schweinehaltung. Viele Familienbetriebe werden dadurch verdrängt, die bäuerliche Landwirtschaft bedroht. Deshalb ist es sowohl aus der Sicht des Tierschutzes als auch aus der Sicht der Bauern wichtig, dass wir Kriterien festlegen, die diese Industrialisierung verhindern.“ Auch die Verbraucher wollen keine Käfigeier: In einer Umfrage sprachen sich 85 Prozent gegen die Käfighaltung aus; die Nachfrage nach Eiern aus Boden- und Freilandhaltung muss in Deutschland teilweise durch Importe gedeckt werden.

Chancen für Familienbetriebe

„Da gibt es Marktchancen für Familienbetriebe, auch wenn einige industrielle Geflügelhalter nach Osteuropa abwandern. Doch auch auf dem Weltmarkt sind gute Tierschutzstandards wichtig. Führend im Schweinebereich sind Dänemark und die Niederlande, die auch im Tierschutz die Nase vorn haben,“ gibt Bärbel Höhn zu bedenken. Mit einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit müsse nun versucht werden, im Bundesrat am 28. November den Rückschritt in Sachen Tierschutz zu verhindern. Sonst wird entweder eine unter Tierschutzaspekten schwache Schweinehaltungsverordnung beschlossen und die Käfighaltung für Hennen weiter möglich, oder die Bundesregierung lässt die Nutztierhaltungsverordnung auf dem alten Stand, um das Käfighaltungsverbot zu retten. Das würde jedoch bedeuten, dass an die EU eine Geldstrafe wegen Nichteinhaltung der Frist zur Umsetzung der Schweinehaltungsrichtlinie gezahlt werden müsste. Im Jahr 2005 wird die Schweinehaltungsrichtlinie der EU überarbeitet; schon heute national höhere Standards festzulegen könnte für die Bauern mehr Sicherheit in der Planung bedeuten.

ak



Mit dem bundesweiten Schülerwettbewerb „Wie lebt eine Henne?“ will Renate Künast nun wenigstens die Drittklässler für den Tierschutz sensibilisieren. Vielleicht können die Kinder einigen Länderministern Nachhilfe in Sachen artgerechte Tierhaltung und bäuerliche Landwirtschaft erteilen.

Hennenhaltern,“ kritisiert Reinhild Benning vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland. „Die Legehennenhaltungsverordnung wurde 2002 demokratisch von Bundesrat und Bundestag beschlossen, es ist ein Unding, das nun wieder das Ende der tierquälerischen Käfighaltung in Frage gestellt wird,“ so Wolfgang Apel, der Vorsitzende des Deutschen Tierschutzbundes; auch in „ausgestalteten Käfigen“ sei die Hennenhaltung nicht tiergerecht.

Lösung für Altschulden der LPG-Nachfolger

Subventionswettlauf zwischen Regierung und Opposition um Beihilfen für ca. 1.500 ostdeutsche Großbetriebe!

Die LPG-Nachfolger haben aus DDR-Zeiten noch erhebliche Verbindlichkeiten, sogenannte Altschulden. Die Verbandsvertreter dieser Betriebe, die ostdeutschen Landesbauern- und Raiffeisenverbände haben immer darauf hingewiesen, dass die Kredite auch für kommunale Aufgaben der LPG-Betriebe gegeben wurden. Mit dieser Begründung hat die damalige CDU/CSU-FDP-Koalition schon eine Teilentschuldung für diese Betriebe durchgeführt.

Weiterhin haben Verbandsfunktionäre immer wieder darauf hingewiesen, dass die Altkredite nicht werthaltig seien, also nicht durch Gebäude- und Maschinenwerte abgedeckt seien. Unter anderem diesem vermuteten Umstand ist es zu verdanken – wie von der ehemaligen schwarz/gelben Bundesregierung festgelegt – dass die Altschulden nur aus den Betriebsüberschüssen zu bedienen sind. Dies hat dazu geführt, dass für die aufgelaufenen Altschulden von zur Zeit ca. 2,5 Milliarden Euro von den betroffenen Betrieben nur ein einstelliger Millionenbetrag für die Tilgung jährlich an den Bund abgeführt wird. Weil die Altschuldenbetriebe kaum Bilanzüberschüsse verzeichnen, führen diese kaum Gelder an den Bund ab. So steigen die Altschulden trotz günstiger Konditionen weiter an. Die jetzige Bundesregierung hat im

Frühjahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem das Altschuldenproblem endgültig gelöst werden soll. Es ist danach möglich, dass die Betriebe mit einer einmaligen Ablösung die Altschulden tilgen. Dabei geht das Finanzministerium in der Begründung des Gesetzentwurfes von einer zu zahlenden Nettoablösesumme von 360 Millionen Euro aus, mit der die aufgelaufenen Schulden von mehr als 2,5 Milliarden Euro getilgt werden können. Die betroffenen Betriebe haben aber, wie eine Studie von Mitarbeitern der FAL Braunschweig und der Humboldt-Universität Berlin belegt, altschuldenbedingte Vergünstigungen bei der Vermögensauseinandersetzung mit den ehemaligen LPG-Mitgliedern und Vergünstigungen durch steuerliche altschuldenbedingte Abschreibungen erhalten, die bei rund 62 Prozent der Altschuldensumme, also bei ca. 1,5 Milliarden Euro liegen. Die Verfasser der Altschuldenstudie bezeichnen diesen Sachverhalt als Überkompensation. Die Betriebe wären also schlechter gestellt, wenn ihnen sämtliche Altschulden schon 1990 erlassen worden wären.

Ein rationales Vorgehen des Gesetzgebers würde in jedem Falle die altschuldenbedingten monetären Vorteile für den Anteil der Schulden, der erlassen werden soll, zurückfordern. Weiterhin

steht eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Altschulden aus, auf deren Basis die Rückzahlung der Betriebe quantifiziert werden kann. Die erste Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag zeigt, dass sich Regierung und Opposi-

tion bei dieser Frage weitgehend einig sind. Aus Altschulden werden Subventionen für eine finanziell reichlich gehetzte Klientel von ostdeutschen Agrargroßbetrieben.

Jörg Gerke

Subventionsexzess wird zementiert!

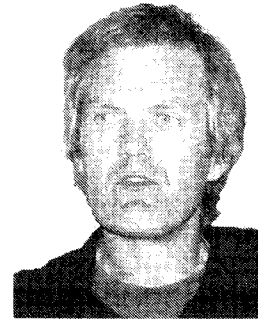
Kommentar zum Altschuldengesetz für LPG-Nachfolger

Behandelt die Agrarpolitik ostdeutsche Themen, so scheint jede rationale Betrachtung unmöglich. Neuestes Beispiel ist der schon vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf zu den Altschulden. Statt wenigstens den werthaltigen Teil dieser Schulden einzufordern, erhalten Betriebe mit Altschulden über den vollständigen Erlass dieser Schulden hinaus noch zusätzliche Subventionen zugebilligt von im Mittel ca. 800.000 Euro je Betrieb. Dieses Vorgehen ist unannehmbar. Es ist Klientelpolitik für eine kleine Gruppe von LPG-Nachfolgern, gestützt durch den DBV und den Raiffeisenverband.

Gerade beim DBV zeigt sich hier, dass

dieser Verband als Lobbyist ostdeutscher Agrargroßbetriebe nahezu jede Subvention für diese Klientel durchsetzt. Die Agrarpolitiker aller Parteien wären gut beraten, Effizienzanalysen über die Agrartransferleistungen in die ländlichen Räume Ostdeutschlands zu erstellen. Diese Transferzahlungen sind seit der Wende sehr erheblich, andererseits veröden mittlerweile ganze Regionen in Ostdeutschland. Die Profiteure der Subventionen sind die subventionsoptimierten großen Marktfruchtbetriebe. Mit diesen lassen sich die ländlichen Räume nicht entwickeln.

Jörg Gerke, AbL-Vorsitzender Mecklenburg-Vorpommern



Fällt nun die Vorentscheidung zur Entkopplung?

Sonderkonferenz der Agrarminister von Bund und Ländern am 27. November soll Eckpunkte festlegen.

Zehn Tage vor der Ministerkonferenz wagt kaum ein ministerialer Fachbeamter eine Prognose, ob es dort zu einer Einigung kommen wird. Die eigens eingerichtete Arbeitsgruppe zur Entkopplung von Bund und Ländern ist sich zwar einig, aber immer unter der Maßgabe, dass entscheidende Fragen auf der politischen Ebene selbst getroffen werden müssen. Dabei geht es vor allem ums Geld.

Einige Länderminister wollen um jeden Preis verhindern, dass durch eine bundesweite Umverteilung Mittel aus ihrem Bundesland abfließen, und stellen sich deshalb gegen das von der Fach-Arbeitsgruppe entwickelte Kombinationsmodell aus Betriebsprämie und regional einheitlicher Flächenprämie. Bayern (CSU) ist so ein Kandidat.

Dem absoluten Betrag nach fließt nach Bayern das meiste von den Brüsseler Direktzahlungen. Käme es zu einer bun-

desweit einheitlichen Flächenprämie, müssten die Landwirte in Bayern insgesamt rund 60 Mio. Euro abgeben. Das ist ein Grund für den bayerischen Minister Miller, sich vehement für die Betriebsprämie einzusetzen. Er hält alles, was in Richtung einheitlicher Flächenprämie gehen könnte, für vom Teufel.

Für Baden-Württemberg (CDU) liegen die Dinge genau andersherum: Die Bauern in diesem Bundesland würden insgesamt hinzugewinnen, zufällig fast soviel, wie die Kollegen aus Bayern insgesamt abgeben müssten. Also ist Baden-Württemberg für das Kombimodell, das zu einer Umverteilung führt.

Schärfer argumentiert Brandenburg: „Wir stimmen einem Kombimodell nur zu, wenn es zu einer Umverteilung zwischen den Bundesländern kommt.“ Ohne Umverteilung will das SPD-regierte Land für die Betriebsprämie stimmen. All das verspricht schon eine

wackelige Veranstaltung am 27. November. Als ein Kompromissvorschlag steht nun im Raum, dass man einen Teil, z.B. 20 %, der Prämiensumme eines Bundeslandes in einen bundesweiten Topf gibt und daraus im Prinzip eine bundesweite Grundförderung pro Hektar finanziert.

Brisante Milchprämie

Auch die Diskussion um die Milchprämie hat an Brisanz gewonnen. Die Milchbauern drohen angesichts der beschlossenen Preissenkungen für die Milch-Interventionsprodukte Butter und Magermilchpulver um im Schnitt 20 % die Verlierer dieser Reform zu werden. Sollte sich diese Preissenkung auch am Markt durchsetzen, kann die ab 2004 kommende Milchprämie nur einen Ausgleich zu etwa 50 % leisten. In Bundesländern mit einer hohen Milchproduktion wird daher händeringend nach Möglichkeiten gesucht, wie spe-

ziell den Milchbauern geholfen werden kann. Wenn die Milchprämie, die spätestens im Jahr 2007 vollständig entkoppelt werden muss, in eine einheitliche Flächenprämie einfließt, verlieren die intensiven Milcherzeuger erheblich an Prämie. Um das zu verhindern, versuchen einige, für die Milch innerhalb des Kombimodells eine Sonderlösung zu entwickeln, nach der die Milchprämie länger als andere Tierprämien von der Umlage auf die Fläche ausgenommen wird, d.h. zunächst noch länger als Betriebsprämien-Anteil gezahlt wird. Das würde nicht nur zu einer enormen bürokratischen „Herausforderung“ führen, sondern die Benachteiligung der Milchbauern auf Grünlandstandorten gegenüber Milchbauern auf Ackerfutterbasis (Silomais) noch weiter verlängern. Keine leichte Aufgabe also, zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen.

uj

Fleischbeschauer befürchten Qualitätsverschlechterung

Defizite in der Tiergesundheit, Mängel des Qualitätssicherungs-Systems Q&S und erhebliche pathologische Veränderungen an den untersuchten Schlachtkörpern haben die niedersächsischen Fleischkontrolleure bei ihrem Landesverbandstag konstatiert. Die Untersuchung in einem großen Schweineschlachtbetrieb mit 640.000 Schweinen im ersten Halbjahr 2003 ergab bei 28 Prozent eine Lungenveränderung, bei 2,4 Prozent eine Herzbeutelentzündung und bei 1,7 Prozent eine Brustfellentzündung. Im Jahre 2002 wurden 0,2 Prozent der Tiere beanstandet, 22 Prozent hatten Geschwülste, 20 Prozent Polyarthritis und 15 Prozent PSE oder DFD. 0,8 Prozent der Schweine wiesen in den ersten acht Monaten von 2003 mycobakterielle Veränderungen auf.

Hinsichtlich des von Schlachtunternehmen und Bauernverband forcierten Q&S-Systems wurde „wenig Transparenz gegenüber Behörden“ und eine unzureichende Kommunikation zwischen landwirtschaftlichem und Schlachtbetrieb kritisiert. en

Leiharbeits-Dumping im Schlachthof

300 Polizisten durchsuchten Anfang November Geschäftsräume der Firma D&S im westfälischen Essen, die einen der größten Schweineschlachthöfe Europas betreibt. Es geht um den Verdacht, dass ein Kaufmann mehrere tausend rumänische Leiharbeiter eingeschleust hat, die dann über einen Subunternehmer in den Schlachthöfen arbeiteten. Laut einem Vertreter der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) haben die Leiharbeiter bei D&S statt der versprochenen 1.600 Euro nur 1050 Euro ausgezahlt bekommen, für 12 bis 16 Stunden Arbeit täglich. Der Subunternehmer, Vertragspartner der D&S, soll zudem Sozialabgaben und Steuern nicht abgeführt haben. Bei D&S sollen neben 210 Stamm-Arbeitskräften rund 700 Leiharbeiter vornehmlich aus Rumänien arbeiten. ov

Smithfield schluckt Farmland

Der US-Konzern Smithfield Foods hat seine Position als weltgrößter Schweineproduzent weiter ausgebaut. Nach der Übernahme des insolventen Konkurrenten Farmland Foods kontrolliert der Konzern 77 Prozent der US-Produktion. Smithfield baut derzeit auch Agrarfabriken in Polen auf. en

Milch-Erzeugerpreise in Europa

Die ausgezahlten Milchpreise in Europa klaffen weit auseinander: Während die Lieferanten der italienischen Parmalat im vergangenen Jahr 39,45 Cent bekamen, mussten sich die schottischen und englischen Zulieferer der „First Milk“ mit 25,14 Cent begnügen. Der Milchpreisvergleich des niederländischen Bauernverbands LTO zeigt auch, dass die beiden deutschen Branchen-Marktführer Nordmilch (28,67 Ct) und Humana (30,81 Ct) unter den Durchschnitt gerutscht sind. Überdurchschnittlich zahlen außer Parmalat aus: die kleine finnische Kymppi-Molkerei, die holländischen Großmolkereien Friesland-Coberco, die dänische Arla sowie die französischen Molkereien Sodial, Danone, Bongrain und Lactalis/Besnier. Als Ursachen gibt die *Lebensmittel-Zeitung* an: die Nettoimport-Situation in Italien und England, die Auflösung des englischen Milk-Board-Monopols und die relativ schwache Nachfragemacht des italienischen Lebensmittel-Einzelhandels. pm

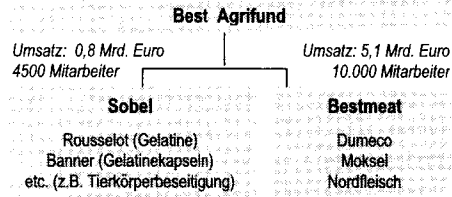
Weniger Milchgeld auch in Neuseeland

Der weltweit größte Milchexporteur Fonterra (Neuseeland) kontrolliert derzeit etwa ein Drittel der handelbaren Milchproduktmenge auf dem Weltmarkt. Jetzt sind Umsätze und Gewinne laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* jedoch eingebrochen, vor allem wegen der Kosten einer Großfusion, die nur durch Anlagenverkäufe in Südamerika wettgemacht werden konnten. Auch die sinkenden Weltmarktpreise machen dem Genossenschafts-Konzern zu schaffen, so dass die Milchpreise der Bauern erheblich gesenkt wurden. Fonterra beschäftigt auf der ganzen Welt 20.000 Menschen in 64 Fabriken. Nur alle Hersteller der EU zusammen exportieren jährlich mehr Butter und Milchpulver. pm

KURZES AM RANDE

Riesen im Fleischgeschäft

Bestmeat übernimmt Nordfleisch und wird damit zum zweitgrößten Konzern Europas in der Fleischbranche



Die niederländische Bestmeat-Company hat innerhalb eines Jahres nach dem niederländischen Schweinefleischverarbeiter Dumeco und der Allgäuer Moksel-Gruppe nun auch die Hamburger Nordfleisch AG mehrheitlich übernommen. Schon seit den 90er Jahren war Nordfleisch verschuldet und suchte nach Investoren. Geringe Auslastung vieler Schlachtstätten war der Grund für die Schulden; eine geplante Fusion mit der Westfleisch war im letzten Jahr geplatzt. Hinter Bestmeat steht die von 22.000 niederländischen Bauern genossenschaftlich getragene Best Agrifund, zu der auch der Sobel-Konzern gehört. Nun ist Bestmeat der zweitgrößte Fleischvermarkter Euro-

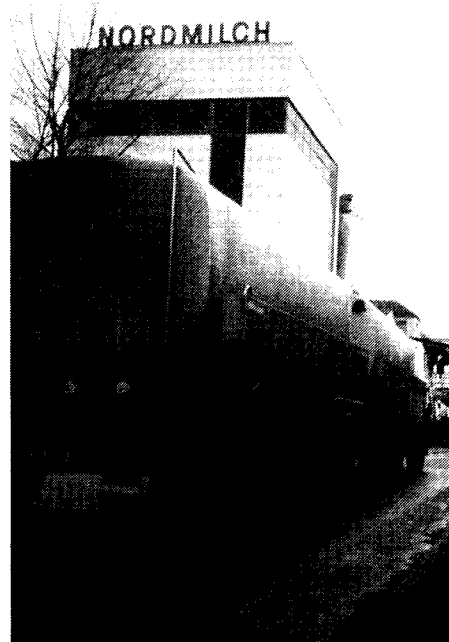
pas nach Danish Crown aus Dänemark. Der Nordfleisch-Sprecher Dierk Boie zur Übernahme: „Der Lebensmitteleinzelhandel formiert sich auch auf europäischer Ebene. Da müssen wir als Fleischhersteller nachziehen, um in Preisverhandlungen mit den großen Handelskonzernen ein entsprechendes Gegengewicht zu erreichen.“ Bei Bestmeat ist eine Erweiterung des Sortiments und eine Umbenennung für die nächsten Jahre angedacht. Ob alle Standorte weiter bestehen bleiben, ist unklar. Am Nordfleisch-Schlachthof Lüneburg ist seit 1994 kaum investiert worden; hier hoffen 120 Mitarbeiter darauf, dass der Standort nicht geschlossen, sondern eine Zerlegung oder sogar Weiterverarbeitung aufgebaut wird. Bisher hat Bestmeat angekündigt, einheitliche Schweinepreise an alle Erzeuger in Holland und Deutschland auszuzahlen und ein unabhängiges Organ zur Überwachung der Preise einzusetzen. Ob das für die Erzeuger mehr Transparenz bedeutet oder einfach nur geringere Preise durch weniger Wettbewerb, wird sich zeigen. ak

Großmolkerei strukturiert um

Nordmilch schließt Hälfte ihrer Standorte

Der Genossenschaftsriese Nordmilch erst 1999 aus Nordmilch, MZO, Hansano und Bremerland fusioniert, wird nun radikal umgebaut: Geschlossen werden sollen elf der 21 Standorte wie Seckenhausen, Otterndorf, Strückhausen oder die Bützower Molkerei – gerade erst mit Fördermitteln modernisiert. Von den 4.400

Mitarbeitern sollen 1.000 entlassen werden und nicht länger an vielen Standorten viele Produkte hergestellt werden. Vorstandssprecher Stephan Tomat, zuvor tätig bei Nestlé Deutschland, begründet den radikalen Umbau der Genossenschaft mit dem zunehmenden Unmut der Bauern über Milchpreise, die bis zu 5 Cent je kg Milch unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In den vergangenen Jahren fusionierte und kaufte die Nordmilch zwar Molkerei für Molkerei im hohen Norden. Ihre Marktmacht nutzte sie jedoch nicht, um bessere Auszahlungspreise für ihre Bauern zu erwirtschaften: Im September hatte sie bundesweit den niedrigsten Auszahlungspreis: ohne Mehrwertsteuer zahlte sie gerade noch 27,3 Cent je kg Milch, gleich miserabel wie die süddeutsche Großmolkerei Campina. Weil sie zu diesen Preisen keine Milch mehr produzieren können, kündigen zum Jahresende Bauern mit 14 Mio. kg Milch der Molkerei. Nur ein Bruchteil der 4,4 Milliarden kg erfassten Milch, aber bedrohlich für die Molkerei. Insgesamt geht ein Sechstel der deutschen Milchproduktion an die Molkerei, zwei Drittel der erfassten Milch werden zu Butter, Magermilchpulver und Käse verarbeitet, ein weiteres Produkt ist Speiseeis. ms



Unten im Tal leuchten die Straßenlaternen, schlängeln sich durch die Dunkelheit des Dorfes wie Lichterketten eines Christbaums. Der Winter steht vor der Tür. In der Scheune steht fahrbereit der Traktor mit dem Schneepflug, damit ich selbst die zwei km lange Straße räumen kann, wenn es schneit. Die freie Hofzufahrt ist wichtig für die Schulkinder, den Mann und die Klienten, die ins Haus kommen,

Betriebsspiegel:

10 ha Grünland,
biologisch bewirtschaftet,
2 ha Wald,
2 Kühe, 6 Jungrinder,
im Sommer 5-15 Stück Fremdvieh
aufnehmend.

seit ich meine Dienstleistung als Kinesiologin anbiete. Der Bauer fährt jeden Morgen weg, zwischen drei und sechs Uhr, zur Arbeit in die nahe gelegene Fabrik, wo er seit Jahren als Arbeiter dazuverdient. Damals, als Jugendlicher, begann er dort zu arbeiten, als seine Mutter schwerkrank war und das Geld der elterlichen Landwirtschaft kaum reichte für das Notwendigste und die Krankenhausrechnungen. Auch nach dem Tod der Mutter ist er sowohl der Firma, als auch dem Hof treu geblieben, den wir vor zehn Jahren übernahmen. Mit großem Idealismus und Plänen, die inzwischen von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem EU- Bei-

tritt größtenteils hinweggefegt wurden. Gern backte ich Brot und Gebäck, das ich am Bauernmarkt in der Stadt anbot. Doch weil wir in der steilen Lage keinen Ackerbau betrieben, das Getreide von anderen Bio-Höfen zukaufen, galt mein freudvolles Tun als ungesetzlich. Getreidekultur in Hanglage war uns dann doch zu mühsam, und so gab ich das Backen und Marktfahren nach drei Jahren wieder auf. Wie die Direktvermarktung von Rindfleisch. Die Verschärfung der Gesetzeslage erforderte Investitionen im Hygiene- und Kühlbereich, die weit höher lagen, als der daraus zu erwartende Gewinn gewesen wäre.

Ich drehe das Licht im Stall auf, mit der

Gabel trage ich das duftende Heu zu den Rindern. Auch in der Region des Mostviertel war es im heurigen Sommer sehr trocken. Der Ernteausfall von rund 50 Prozent zwingt viele Bauern, Futter zuzukaufen oder Tiere zu verkaufen. Und das bei sinkender Preislage. In unserer Scheune lagert auch Heu vom Vorjahr, das wir jetzt gut gebrauchen können, und worüber wir uns freuen. Dankbarerweise hatten wir keinen Wassermangel, denn die Quelle am Berg unseres nordseitig liegenden Anwesens sprudelt reichlich. Doch ich schaue mit Mitgefühl zu den Nachbarn mit ihren Höfen am Südhang, die während der sommerlichen Dürre wochenlang Wasser kaufen mussten für ihre Tiere.

Wenig Erfreuliches lese ich in einer Zeitung. „Immer mehr Bauern geben auf“ steht da gedruckt. Drastisch die Zahlen in Niederösterreich: Seit 1995 haben in den Gunstlagen-Bezirken 36 Prozent ihre Höfe aufgegeben. Folgen der Agrarpolitik, auf die ich genauso angespannt blicke, wie auf das resignierte Gesicht meines Mannes. „Da hab ich keine Freude mehr am Hof“ murmelt er, angesichts der Antragsformulare. Aussichtslos? Ist Landwirtschaftspolitik ein Theater? Ja. Ich stelle mich ins Scheinwerferlicht der Bühne und zeige dem Publikum ungeschminkt das brennende Thema Landwirtschaft. Gemeinsam mit den „Miststücken“, dem Bäuerinnen-Kabarett der ÖBV.

Monika Gruber, Österreich

Licht und Schatten



Während meines Studiums der Agrarwissenschaften hatte ich das Glück, einem jungen Mann zu begegnen, der alles daran setzte, sich ein zweites Standbein auf dem Lande aufzubauen. Heute ist er stolzer Besitzer von drei stattlichen Harzer Rotviehkühen. Seit zwei Jahren grast die Herde während des Sommers auf den gepachteten Flächen in seinem Wohnort in Südniedersachsen, den Winter verbringen die Tiere auf einem befreundeten ehemaligen Milchviehbetrieb in Nordthüringen. Als praktischer Vollbauer würde er die paar Tiere per Hänger transportieren. Ganz den bäuerlichen Vorfahren und der Natur des Rindes entsprechend gehen sie jedoch lieber zu Fuß. Seine Spezialität ist es zudem, für seine Freunde und Bekannten Landarbeit als Land-Kultur-Ereignis zu präsentieren – davon profitiere ich, die gerne in der praktischen Landwirtschaft gelandet wäre, seit Jahren. Das Konzept ist erfolgreich – bei all meinen Einsätzen dort waren stets zahlreiche weitere Helfer, zumeist ahnungslose Städter angereist, sei es zum Stallausmisten, Würsten oder eben zum Weideumtrieb. So ist also auch der rund 40 Kilometer lange Weideumtrieb von Südniedersachsen nach Nordthüringen, sowohl im Frühjahr, als auch im Herbst zu einer beliebten Einrichtung geworden. Die diesjährige Herbsttour, vom 22. bis 24. Oktober 2003, war noch besser besucht als die im Vorjahr. Städter sind für mancherlei Unfug zu begeistern!

Elf Tiere und sieben Begleiter, so machten wir uns an einem grauen Morgen an die erste und kürzeste Etappe (ca. 12 km) des Dreitagesmarsches. Die beiden folgenden Tage waren sonnig – aber eiskalt. Uns erwischte gerade der vorzeitige Wintereinbruch Mitte Oktober, besonders nachts. Apropos nachts – für Übernachtung und Verpflegung muss natürlich gesorgt sein bei einem solchen Kultur-Event. Ein Mitbewohner meines Hobbylandwirtes kam jeden Abend mit seinem alten Hanomag-Wohnmobil, baute Vordach und Kocher auf und bereitete ein kräftiges Essen für die müden Wanderer. Auch das Rindvieh wurde zum wohlverdienten Feierabend natürlich mit frischer Weide und Wasser versorgt. Wir campen

jeweils auf wohlausgesuchten Weiden bekannter Bauern. Essen gab es, natürlich auch einen Schlafplatz in einer Jurte. Dies war bei den herrschenden Temperaturen eine große Herausforderung an die Abenteuerlust aller Beteiligten. Vor Ort zusammengemerktes Brennholz machte die Schlafstatt eher zu einer Räucherhöhle. Die unerträgliche Kälte draußen, ein unheimlich spannender Dreigroschen-Westernroman zum Vorlesen und altvertraute Klänge der Beatles, Cat Stevens´ und Reinhard Meys auf der Gitarre machten die Abende aber doch zu einem wildromantischen Erlebnis. Nach dreitägigem Fußmarsch erreichten wir am frühen Abend des dritten

Alte Wege ganz neu

Betriebsspiegel:

3 Mutterkühe
1 Bulle
Nachzucht

Tages unser Ziel. Baisertorte, stolze Erleichterung und die Freude auf ein heimisches Bad und das Bett krönten dann den am Ende doch ersehnten Feierabend. Die Tiere ließen übrigens auch am dritten Tag keine Anzeichen von Müdigkeit erkennen und bestritten dieses Mal auch die Problemstellen wie die Überquerung von Bundesstraßen und Bahnübergänge und das Erklimmen steiler Waldwege ohne Murren. Es scheint, als würde sich die Wanderung auch bei ihnen zu einem beliebten Kulturereignis etablieren. Daniela Rätz

Mexiko: Mais trotz Moratorium gentechnisch verunreinigt

Neue Studie weist bei Mais selbst in abgelegenen Regionen Mexikos hohe gentechnische Verunreinigungen nach. Vermutlich sind Maisimporte für die Nahrungsmittelhilfe aus den USA die Ursache.

Großversuch vertagt

Der Vorstoß der Biotechnologie-Industrie in Sachsen-Anhalt, großflächig Gentech-Äcker anzulegen, wurde ausgebremst. Ein breites Bündnis des ökologischen Landbaus erfuhr späte Unterstützung durch den Bauernverband, unklare rechtliche Grundlage und absehbare Haftungsfolgen machen den Bauern Sorgen.

Zulassung vertagt

Wegen Skepsis der EU-Mitgliedstaaten wurde die Zulassung eines gentechnisch veränderten Mais als Lebensmittel verschoben. Der insektengiftige Mais von Syngenta darf nun nicht zum menschlichen Verzehr importiert werden.

Für Aufsehen sorgten die im Herbst veröffentlichten Ergebnisse einer Studie mexikanischer Kleinbauern-, Indigena- und Nichtregierungsorganisationen. Obwohl in Mexiko der Anbau gentechnisch veränderten Mais nicht erlaubt war, ist selbst der Mais in abgelegenen Regionen gentechnisch bis zu einem Drittel und teils mehrfach verunreinigt. Ana de Ita, die Geschäftsführerin vom Zentrum für ländlichen Wandel in Mexiko (CECCAM,) war auf Einladung des Evangelischen Entwicklungsdiensts in Bonn und stellte die Ergebnisse dar. Das seit 1999 bestehende Moratorium für kommerziellen und Versuchs-anbau gentechnisch manipulierten Mais soll nun für Versuchszwecke fallen. Doch seien die angepriesenen Vorzüge der transgenen Maissorten in Mexiko weder Fortschritt noch Wettbewerbsvorteil, meint Ana de Ita. Die Schädlinge, zu deren Bekämpfung der insektengiftige Bt-Mais geschneidert wurde, gebe es in Mexiko nicht und die Herbizid-Toleranz sei für die meisten Bauern uninteressant, da sie kleinflächig in Mischkultur wirtschaften und keine Herbizide verwenden.

Erschreckende Ergebnisse

Die Studie ist die umfassendste zur Frage

der transgenen Kontamination in Mexiko. Untersucht wurden 2.000 Proben von Pflanzen aus 138 indigenen und kleinbäuerlichen Gemeinden aus zehn Bundesstaaten. Das erschreckende Ergebnis: 24 Prozent aller Proben waren kontaminiert. In einer zweiten Untersuchungsreihe schwankten die Anteile der Verunreinigung zwischen 1,5 und 33 Prozent. Teils enthielten die Proben drei verschiedene gentechnische Veränderungen: das insektengiftige Bt-Gen, eine Herbizidtoleranz und sogar den für menschlichen Verzehr nicht zugelassenen „Starlink-Mais“. Getestet wurde ausschließlich in abgelegenen, schwer zugänglichen Regionen mit kleinbäuerlicher Landnutzung. Dort ist Saatgutpflege Teil des landwirtschaftlichen Anbaus. Die Weiterentwicklung des Saatguts von Bauern ist in Mexiko weit verbreitet, so werden auf über 85 Prozent der Nutzfläche sogenannte Bauernsorten angebaut. Es handelt sich um verarmte Regionen, in denen von einer staatlichen Organisation als Lebensmittelhilfe verbilligter Mais verteilt wird. Die Organisation betreibt Läden in 95 Prozent der Bezirke und bezieht ein Drittel der von ihr gehandelten Maismenge unverzollt aus den USA. Dieser Hilfs-Mais ist nicht als transgen deklariert und wird also auch ausgesät. Die Autoren der Studie vermuten in dem Importmais die Quelle für die großflächige Kontamination trotz des Moratoriums für Gentechnik-Mais. Durch die billigen Mais-Importe aus den USA sank der mexikanische Maispreis seit 1993 um 45 Prozent, so dass die mexikanischen Bauern Schwierigkeiten haben, ihre Ernten zu verkaufen.

Ana de Ita betont, dass die Ergebnisse ihrer Untersuchungen die bisher veröffentlichten Befunde über die Kontamination von einheimischem Mais bestätigen, die bereits durch andere Forscher veröffentlicht wurden. „Wir machten die Untersuchungen, weil unsere Regierung ihre eigenen Ergebnisse bagatellierte und weil die indigenen Organisationen um Unterstützung gebeten haben – denn für sie ist Mais viel mehr als ein Nahrungsmittel, er hat einen hohen kulturellen Wert und ist ihnen heilig“, begründet die Mexikanerin die Untersuchung. Die Freisetzung von Gentechnik-Mais in einem Zentrum der biologischen Vielfalt hat



Ana de Ita in Bonn.

Foto: Hirn

gewaltige Sprengkraft: Mexiko hat mit 56 verschiedenen Maissorten und 16.000 Varietäten die größte Vielfalt an Maispflanzen weltweit. So befindet sich im internationalen Mais- und Weizenforschungs-Zentrum (CIMMYT) in Mexiko die weltgrößte Genbank für Mais. Durch transgene Kontamination gehen diese genetischen Schätze unwiederbringlich verloren. Wie dramatisch die Situation ist, wird daran deutlich, dass das CIMMYT ein Moratorium für das weitere Sammeln von Maissaatgut in Mexiko beschlossen hat.

Forderungen

Ana de Ita fordert: Es gelte, den Import von gentechnisch verändertem Mais sofort zu stoppen. Das Moratorium für Freisetzung und Aussaat von Gentechnik-Mais ist aufrechtzuerhalten. Die Konzerne und Hersteller gentechnischer Produkte wie Monsanto, Syngenta, Bayer, Dupont, Dow und BASF müssen für die Kontamination verantwortlich gemacht werden. Zurückgewiesen werden hingegen ihre Klagen „gegen unlicenzierte Anwendung von Patenten“.

Fazit

Zur Frage, wie sie die Möglichkeit einer Koexistenz des Anbaus von herkömmlichen und transgenen Kulturpflanzen einschätze, bemerkte Frau de Ita: „Koexistenz kann nicht funktionieren, denn es gibt für diese Gentechnik-Pflanzen keine Kondome.“ Das zentrale Problem liege darin, dass sobald Pflanzen ins Ökosystem eingebracht sind, es nicht mehr möglich ist, zu kontrollieren, wo und wie sie sich vermehren. Die Erfahrungen in Mexiko haben deutlich gezeigt, dass es selbst bei einem Anbau-Moratorium über Nahrungshilfe zu einer Kontamination kommt. Doch brauche Mexiko als Ursprungsland der Sortenvielfalt von Mais dringend Schutz für seine vielfältigen Landsorten – schnelles Handeln ist erforderlich, sonst gibt es bald keine nicht kontaminierten Sorten von Kleinbauern mehr. „Das europäische Moratorium bedeutete Hoffnung darauf, dass es in der Welt ein Gleichgewicht zwischen den Interessen geben könnte“, gibt Ana de Ita deutschen Bauern mit auf den Weg.

Gerhard Hirn



Jede gute Idee muss vermarktet werden

Auf der Tagung artgerechte Schweinehaltung Anfang November wies der Bauer Günther Völker darauf hin, dass artgerechte Tierhaltung alleine keine Einkommen sichert. Wer sich hohe Ziele setze, müsse dafür einen Markt suchen. Wie das geht, zeigten die Praktiker von Neuland.

Tagungen reihen sich im Herbst eine an die andere, aber nur selten lautet das Thema tierechte Schweinehaltung. So war die Tagung von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Anfang November auf Haus Düsse gut besucht. Berater, Neuland-Bauern, Verbandsvertreter kamen zusammen, um mehr über Praxis der Haltung und zu Fragen der Vermarktung zu erfahren. Neben einem Bericht über den aktuellen Stand der Schweinehaltungsverordnung (s. S. 6) stellte Elke Deininger von der deutschen Tierchutzakademie die verschiedenen Bedürfnisse von Schweinen beim Fressen, Ruhen, der Fortbewegung und des Sozialverhaltens vor. Daraus leitete sie Forderungen für die Haltung ab: Buchten müssen mit Fress-, Ruhe- und Aktivitätsbereichen mit Stroh strukturiert werden, als tagaktive Tiere brauchen Schweine Tageslicht, Spaltenböden und Kastenhaltung bei tragenden Sauen seien zu verbieten. Als Leitlinie gelte, nicht das Tier an das Haltungssystem anzupassen, sondern die Ställe an die Tiere. So ziehen sich Sauen in den ersten zwei Wochen nach dem Ferkeln von der Gruppe zurück, solange sie dazu die Möglichkeit haben.

Der konventionelle Bauer und AbLer Günther Völker präsentierte seine Überlegungen zur artgerechten Tierhaltung aus ökonomischer und bäuerli-

cher Sicht. Bäuerlich sei ein lebensweltlicher Begriff, der von geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt werde. Da Bäuerlichkeit sich auch auf die Identität beziehe, sei die Definition nicht scharf abzugrenzen. „Der Begriff bäuerliche Landwirtschaft zieht sich durch die agrarpolitische Diskussion der letzten 50 Jahre,“ so der Bauer. Dennoch werde Politik häufig gegen die bäuerliche Landwirtschaft gemacht. Selbst bei Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast, die gewillt sei, sie zu unterstützen, richteten sich die Auswirkungen ihrer Politik oft gegen die bäuerliche Landwirtschaft. Sei es bei der Abschaffung der Pauschalierung in der Buchhaltung, die vor allem kleinere Betriebe treffe, sei es bei der Agrarsozialpolitik, deren Beitragserhöhungen zu Lasten der mittleren Familienbetriebe gehe oder in der Agrarstrukturpolitik mit der Vorgabe der Flächenbindung. Immer wieder könnten große Betriebe das wegstecken. Bei der artgerechten Tierhaltung gehe es darum von der Mitgeschöpflichkeit der Tiere überzeugt zu sein. Schließlich haben auch konventionelle Schweinehalter immer wieder versucht, Stroh in die Haltung zu integrieren. Sein Fazit lautete: „Zwischen agrarindustrieller und bäuerlicher Landwirtschaft gibt es viele Ausprä-

gungen.“ Zugleich gab Günther Völker zu bedenken, dass artgerechte Tierhaltung an sich keine bäuerliche Landwirtschaft erhält. Wer sich hohe Ziele stecke, müsse sich dafür einen Markt suchen, wie es Neuland in den vergangenen 15 Jahren gemacht habe.

Tiergerecht im Alltag

Vor gut einem Jahr stand in den Wochenblättern landauf und landab, dass auf Haus Düsse die tierechtig gehaltenen Sauen Ferkelverluste bis zu 30 Prozent hatten. Der niedersächsische Berater Jan Hempler gab Tipps, um viele gesunde Tiere aufzuziehen. „Wir wollen bei Neuland besser sein als andere, deshalb kann es nicht ausreichen, dass wir am Ende der Mast genauso viele Tierversuche haben wie konventionelle Betriebe.“ Gute Erfahrungen und Systeme haben Neuland-Bauern mit den Abferkelbuchten sowie den Buchten für abgesetzte Ferkel. Verbesserungswürdig hingegen sei noch der Ferkelschlupf, durch den die Kleinen nach einigen Tagen zu den Nachbarbuchten hindurch können. Wegen der schlechten Übersichtlichkeit seien viele Landwirte davon wieder abgekommen, doch beim Absetzen sei die Belastung für die Tiere geringer. Auch das Anfüttern der Ferkel sei nicht immer problemlos, da in den aufgestellten Schalen häufig Stroh lande. Er gebe



Günther Völker sprach auf Haus Düsse zur artgerechten, bäuerlichen Schweinehaltung.

Foto: Schimpf

Automaten, die am Kopf der Sau aufgestellt werden, den Vorzug. Sein Kollege Bernd Kuhn gab Hinweise zu erprobten Futtermischungen für Neuland-Schweine. Sollte es in Betrieben Probleme geben, rate er davon ab, Raps oder Bohnen zu füttern. Die ergäben in den Rationsberechnungen zwar ein gutes Eiweißfuttermittel, nur schmecke es jungen Tieren nicht. Sein Fazit war: „Wir brauchen mehr Sicherheit in der Fütterung, mehr überschaubare Kreisläufe, denn Kontrolle alleine reicht nicht.“

ms

Wenn die Hitze kommt

Ein Praxisbericht über Dusch- und Suhlmöglichkeiten für tierechtig gehaltene Schweine und Mastschweine stellte der niedersächsische Neuland-Bauer Martin Schulz vor.

Als meine Schweine gut durch den ersten Winter gekommen waren, wusste ich, dass Neuland-Ställe das

Richtige sind. Doch dann kam der heiße Sommer 1994 mit sechs Wochen ohne Regen“, erzählt der wendländische Bau-



Mit einer Suhle fühlen sich Sauen auch in Hitzesommern wohl.

Foto: Schievelbein

er und AbL-Landesvorsitzende Martin Schulz auf der Tagung „Artgerechte Schweinehaltung“ auf Haus Düsse. Sein Praxisbericht über die Tüftelei, wie er den Sauen eine Abkühlung anbieten kann, fesselte Bauern und andere Zuhörer. Bei der Hitze hätten sich seine Sauenhütten zusätzlich aufgeheizt, die Tiere litten, um sich abzukühlen warfen sie sich auf den staubigen Boden, teils auch auf Ferkel, und selbst die Milch ging zurück. So kaufte er zunächst Suhlmaschinen für 300 DM je Abferkelplatz. Nach der etwas aufwändigen Montage der 2,2 m langen, 0,7 m breiten und 0,3 m tiefen Suhlmaschinen baden die Tiere mit Begeisterung, in dem übergeschwappten Wasser und der nassen Erde rund um die Suhle wälzen sie sich und bekommen so eine wärmeisolierende Dreckschicht. Regu-

liert wird der Wasserstand über einen Schwimmer.

Angetan von der Lösung für die Sauen suchte Martin Schulz noch weiter, vertragen Schweine doch auch deutliche Minusgrade, während sie unter Hitze stark leiden. Als nächsten Schritt baute er Duschen für die Tiere, Düsen fand er schnell, „aber zur größten Hitze während der Ernte habe ich keine Zeit, jede Stunde die Duschen anzustellen.“ Also trieb er einen „Dusch-Computer“ auf, der eigentlich für den Gartenbau entwickelt wurde. Gerade mal 1,5 Euro Investition je Mastplatz kosteten seine Duschen. Ein Preis, den Bauern, denen das Wohlbefinden der Schweine auch in heißen Ausnahmesommern wie 2003 am Herzen liegt, gerne zahlen werden.

ms

Bauern in Bewegung

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage und gedrückter Stimmung in der Gesellschaft mischen Bauern sich ein, setzen Dinge in Bewegung. Ohne die Illusion, den Markt oder die Agrarpolitik gerecht zu machen, kämpfen sie für gerechte Preise und eine gerechtere Verteilung von Zahlungen. Kraft und Zeit wird in Sitzungen und Treffen gesteckt, Papiere geschrieben und der Erfolg, auch wenn manchmal nur in kleinen Schritten, stellt sich ein. Jemand anderes wird die Arbeit nicht machen, so das Fazit.

Das macht kein anderer für uns

Der hessische Milchviehbauer Stefan Mann mischt mit in der Milchpolitik: Gestartet mit einer Kreisveranstaltung hat er heute ein einstimmiges 'Ja' zum Milchstreik erreicht.

Als ich vor anderthalb Jahren anfang, wollte ich nur die Diskussion bei unserem Kreisverband vorantreiben“, erzählt der hessische Milchbauer Stefan Mann. Denn was am Milchpreis am Markt verloren gehe, könne er über Wachstum seines Hofes nicht mehr kompensieren. Statt Forderungen an andere zu stellen und zu klagen, dass der Preis schlecht ist, ist er zu dem Entschluss gekommen, selbst dagegen vorzugehen. Zwischen Marburg und Gießen bewirtschaftet er mit seiner Frau, zwei jugendlichen Söhnen, seinen Eltern und einem Lehrling einen 156-Hektar Milchviehbetrieb mit 95 Milchkühe und weiblicher Nachzucht. Nach Gesprächen mit anderen Landwirten organisierte er letzten Herbst eine Versammlung mit dem hessischen Bauernverband (HBV), bei der die Mehrheit der Bauern sich schon dafür ausgesprochen hat, eine härtere Gangart wie einen Milchstreik für bessere Milchauszahlungspreise einzuschlagen, doch „die Funktionäre des Bauernverbandes vertraten da eine andere Einschätzung zur Umsetzbarkeit.“ Die Veranstaltung und die Diskussionen über den misera-

blen Milchpreis drängten den HBV jedoch, eine Umfrage unter seinen Mitgliedern zu machen. Danach reichte es Stefan Mann. Wurde in dem Fragebogen doch ausführlichst auf mögliche juristische und finanziellen Folgen eines Streiks für den einzelnen Landwirt hingewiesen. Also gründete er mit Berufskollegen die „Interessensgemeinschaft für den gerechten Milchpreis“ (s. BS Februar 2003). Heute fordert die IG:

– Die Quotenregelung soll flexibler gehandhabt werden, damit die Menge dem Markt angepasst wird, was eine Importbegrenzung von Nicht-EU-Staaten beinhaltet.

– Milchviehbetriebe müssen besser im Bauernverband vertreten werden. Von der Basis an sollen Milchviehbauern gewählt und nicht delegiert werden, über die Landes- bis zur Bundesebene. Die Beschlüsse des Milchbereichs sollten nicht von anderen wegdiskutiert werden können.

Nach einer aktuellen Untersuchung haben selbst die großen und durchrationalisiertesten Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern Vollkosten von 35 Cent je Liter Milch. Ein Preis, der nach der



Stefan Mann (3.v.l.) und die anderen Gründer der IG gerechter Milchpreis.

Foto: privat

nächsten Stufe der Agrarreform aber kaum noch erreicht werde. Wer kann auf Dauer mit der Diskrepanz überleben? Darauf könne ihm keiner aus dem Bauernverband eine Antwort geben. Der Markt und die Betriebe haben sich verändert, also müsse sich auch die Berufstandsvertretung und die Vorgehensweise der Durchsetzung der Preise am Markt ändern, folgert Stefan Mann. „Wir haben heute eine Medienlandschaft, da wird durch biedere Maßnahmen nichts mehr bewirkt.“ Seine Forderung, wenigstens die durchschnittlichen Produktionskosten bezahlt zu bekommen, hält er für durchsetzbar.

Ende Oktober schloss nun der hessi-

sche Bauernverband einen Milchstreik als letztes Mittel nicht länger aus. Dafür solle noch die Unterstützung weiterer Landesverbände gesucht werden. Der Beschluss war einstimmig. Für Stefan Mann stimmt die Richtung, wobei er davon ausgeht, dass noch weitere tausende Gründe vorgeschoben werden, um keinen Streik zu machen. Er sieht es als taktischen Schachzug des Bauernverbandes.

„Wir stecken in einer Sackgasse, da hilft es nichts sich, zurückzuziehen, wir müssen offensiv vorangehen. Wir dürfen nicht hoffen, dass da irgendeiner kommt, und denken, der macht das für uns.“

ms

Einen Trumpf in der Hand bei den Preisverhandlungen

Der bayerische Bauer Johann Harrer nimmt sein Amt als Sprecher einer Biomilch-Liefergemeinschaft ernst. Gemeinsam mit anderen Bauern organisierte er den ersten Milchstreik.

Viel Zuspruch von anderen Landwirten hat der Bauer Johann Harrer aus Dietramszell in Oberbayern erfahren. Anfang September hat er mit anderen bayerischen und nordrhein-westfälischen Bio-Bauern den ersten Milchstreik in Deutschland organisiert. Ziel war, auf die existenzbedrohende Situation für die Höfe und die miserablen Auszahlungspreise der beiden großen deutschen Bio-Molkereien Scheitz und Söbbeke aufmerksam zu machen (s. BS Oktober 2003). Als Sprecher der Bioland-Milchliefergemeinschaft Oberbayern reiste er wie die anderen vier Sprecher der Aktionsgemeinschaft der Biomilch-Lieferanten von Veranstaltung zu Veranstaltung und diskutierte über Wege und



Johann Harrer hat mit anderen Bauern den ersten Milchstreik in Deutschland organisiert.

Mittel für einen besseren Milchpreis. „Das hat viel Kraft gebraucht, vor allen Dingen viel Überzeugungskraft, um die Bio-Bauern unter einen Hut zu bringen“, erzählt er. Gemeinsam gelang es ihnen, skeptische Bauern zu überzeugen, dass der Streik eine Möglichkeit ist, den Molkereien zu zeigen, dass es eine Grenze für die Preissenkungen gebe.

Doch wenn er ein Amt übernommen habe, bleibe er dran. „Denn dass ich ruhig auf meinem Stuhl sitze und nur Joghurt esse, wenn es um Preisverhandlung mit der Molkerei geht, ist nicht mein Ding.“ erklärt er. Dafür sei ihm auch der Tag zu schade, bei den Verhandlungen gar keinen Trumpf in der Hand zu haben und nur den Preis entgegenzu-

nehmen, den die Molkerei nenne. Bevor es ihm zuviel werde, gebe er sein Amt ab. In der oberbayerischen reinen Grünlandregion bei Bad Tölz bewirtschaftet er einen Milchviehbetrieb mit 23 Milchkühen. Weil das Einkommen aus dem Vollerwerbsbetrieb nicht ausreicht, vermietet er auch noch Ferienwohnungen und verdient sich noch etwas durch Musikmachen dazu. Zur Zeit besprechen die Bio-Milchliefergemeinschaften, wie sie ihre Mengen am Markt besser koordinieren können. „Man kann ja nicht jedes Mal streiken, wenn's einem mit dem Milchpreis gerade nicht passt“, so Johann Harrer.

ms

Sonderfall im Osten

Über seine Motivation, als kleine Gruppe gegen die ungerechte Verteilung von Land und Beihilfen anzugehen, erzählt der Bauer Franz-Joachim Bienstein.

Wenn wir uns als kleiner Landesverband der AbL nicht eingemischt hätten, hätte das Ministerium die Trockenschadensbeihilfe wohl wieder an handverlesene Betriebe verteilt," begründet Franz Joachim Bienstein sein Engagement als Bauer in der IG Boden und der AbL. Der AbLer bewirtschaftet in Mecklenburg-Vorpommern als Neueinrichter einen 300 Hektar-Ackerbaubetrieb. Sein Ziel ist, auch wieder mit der Tierhaltung

zu beginnen. Er hofft darauf, als Familienbetrieb ein ausreichendes Auskommen zu erzielen. Schweine für Neuland zu erzeugen kann er sich vorstellen, sobald sich auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Erzeugergemeinschaft gründet.

In der AbL ist er aktiv, weil „ich nicht gewillt bin, den Sinn meines landwirtschaftlichen Lebens darin zu sehen, zu wachsen und zu wachsen; etwas anderes hört

man vom Bauernverband nicht mehr.“ Im Osten werde der Bauernverband von Großbetriebsleitern und ehemaligen LPG-Chefs dominiert. Da sei für ihn kein Platz. Wenn er sehe, was der Bauernverband heute fordere, werde ihm bestätigt, dass er dort nichts zu suchen habe.

Die IG Boden ist ein Sonderfall im Osten, denn der Bund habe die Flächen überwiegend an Genossen und Funktionäre des Bauernverbandes verschoben.

Da sei es logisch, dass man eine IG gründet. Inzwischen werde vom Bundeslandwirtschaftsministerium offen anerkannt, dass die Verteilung nicht gut gelaufen sei. „Vor zwei Jahren habe ich noch gedacht, das läuft zwar nicht gerecht, aber was ist schon gerecht im Leben? Heute weiß ich, es lohnt sich, mich zu engagieren. Irgendwo bringen wir da doch etwas mehr Gerechtigkeit rein.“

ms

Rührig für gerechte Verteilung

Über den Erfolg, die Beihilfe für Dürreschäden auch Futterbaubetrieben zukommen zu lassen, berichtet ein AbLer

Im September veröffentlichte das Landwirtschaftsministerium die Richtlinien für die Trockenschadensbeihilfe in Mecklenburg-Vorpommern, wonach nur Verluste bei Getreide und Ölsaaten beihilfefähig waren. Futterbaubetriebe sollten mal wieder leer ausgehen. Etwa 100 Betriebe sollten laut Ministerium Beihilfe erhalten. Wollte das Ministerium mal wieder wie bei anderen Förderprogrammen eine bestimmte Klientel von Großbetrieben bedienen?

Nachdem die AbL dies kritisierte und das Bundeslandwirtschaftsministerium nachfragte, erklärte Landwirtschaftsminister Till Backhaus, dass es nur eine bundeseinheitliche Regelung gebe, in der Futterbaubetriebe ebenfalls förderfähig sind. Abgabetermin war der 25. Oktober. Am 23. Oktober nahm ich für die AbL in Parchim an einer „Kommission“ teil, die über die einzelnen Anträge auf Trockenschadensbeihilfe entscheiden sollte. Sitzungsleiterin war Frau Heide Hoge vom Schweriner Ministerium für Landwirt-

schaft. Frau Hoge legte der Runde die neue Richtlinie zur Trockenschadensbeihilfe vor, die rückwirkend wirksam werden sollte und nach der auch Futterbaubetriebe eine Chance bekommen, in den Genuss von Trockenschadensbeihilfe zu kommen. Abgabetermin am 25.10, veröffentlicht am 27.10. Auf der Internetseite des Ministeriums war zu diesem Zeitpunkt noch die Richtlinie (Anlage) veröffentlicht, in der nur Verluste bei Getreide und Ölfrüchten förderfähig waren. Als letzter Antragstermin war dort der 10.

Oktober bestimmt. In Mecklenburg-Vorpommern werden also, nachdem Anträge gestellt worden sind, rückwirkend die Richtlinien dafür verändert. Es ist davon auszugehen, dass Betroffene erst gar keinen Antrag gestellt haben.

Auf meine Frage hin erklärte mir Frau Hoge, dass die Landwirte sich bei den Ämtern für Landwirtschaft hätten erkundigen können. Da die Zahl der Anträge auf mehrere Hundert gestiegen ist, müssen die Auszahlungen nun gekürzt werden. Wie gekürzt wird, entscheide der Minister persönlich.

Der Bauernverband setzte sich für eine lineare Kürzung ein, während die AbL einen Sockelbetrag fordert, unter dem nicht gekürzt wird, um kleineren Betrieben zu helfen. Als positiv ist zu vermelden, dass nun das Ministerium einen Sockelbetrag von 2.000 Euro festgelegt hat. Bis 5.000 Euro soll dann ansteigend gekürzt werden. Ebenso sollen besonders stark betroffene Betriebe besser gestellt werden.

Franz-Joachim Bienstein,
AbL-Mecklenburg-Vorpommern



Protest gegen Großanlagen

Aktiv gegen industrielle Tierhaltung sind in Mecklenburg-Vorpommern neben Bauern auch Verbraucher und Umweltschützer. Sind doch bereits über 27 industrielle Schweinemastanlagen für 1.300 bis 15.000 Tiere teils noch in Planung, teils schon im Betrieb. Zum Beispiel im kleinen Dorf Medow in Ostvorpommern will ein niederländischer Investor eine Mastanlage mit 15.000 Plätzen bauen, gegen deren Genehmigung hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ein Widerspruchsverfahren eingeleitet.

Die Einwohner versetzt die Stallanlage in Wut: 30.000 Kubikmeter Gülle auf die Flächen, nur wenige Kilometer Luftlinie vom Renaturierungsprojekt Peenetal entfernt. Schon vor fünf Jahren gründete sich eine Bürgerinitiative gegen die Mastanlage. Anlässlich einer Pressefahrt des BUND Mecklenburg-Vorpommern äußerte der Direktor des Gutshaus Stolpe seine Bedenken gegen eine Stallanlage dieser Größenordnung, denn so ein Güllegestank sei auch Städtern nicht als Landluft zu vermitteln. Wie die *Ostseezeitung* be-

richtete, sollten durch die Anlage zunächst zwölf, dann acht und nun nur noch drei Stellen entstehen. Niemand habe etwas gegen eine kleine überschaubare Schweinehaltung, so die Gegner des Projekts. Aber weniger Gestank, weniger schädliche Abgase, weniger Auswaschung von nährstoffreichem Sickerwasser fordern Verbraucher, Umweltschützer und Anwohner. Auf der Pressefahrt stellte Burkhard Roloff die Vorstellungen des BUND zur Schweinehaltung vor. Während im Bundesdurchschnitt je 100 Hektar 151

Schweine gehalten werden sind es im Nordosten nur 49. Eine Aufstockung des Schweinebestandes kann sich Roloff durch den Einstieg von Höfen in die Neuland-Haltung vorstellen: Betriebe mit Obergrenzen, artgerecht mit Auslauf, dafür ohne Spaltenböden und ohne Gentechnik. Ende November hat nun der BUND zur Gründung einer Erzeugergemeinschaft interessierte Bauern eingeladen: „Wir sind nur die Moderatoren, sobald die Landwirte sagen, wir machen das, ziehen wir uns raus“, so der Agrarreferent.

ms

Soja-Expansion in den Regenwald

Für die größte Bedrohung des Regenwaldes hält der brasilianische Greenpeace-Geschäftsführer Frank Guggenheimer die nach Norden wachsenden Sojafelder in Brasiliens Mittelwesten. Diese würden auch durch die Regierung des neuen Präsidenten Lula weiter gefördert. hb

Ärmeren Bauern nützt vor allem Bio

Bauern in Entwicklungsländern profitieren am meisten vom biologischen Landbau. Das hat eine Studie von Wissenschaftlern der Universität Cardiff ergeben. Demnach gab es enorme Erfolge vor allem in Gebieten, in denen die Felder unter schwierigen Bedingungen, aber mit traditionellen Methoden ohne Chemie oder Gentechnik, bewirtschaftet werden. Besonders effektive Beispiele wurden aus Indien mit einer um 20 Prozent höheren Baumwollenernte, Madagaskar mit einer verdoppelten Reisernte und Brasilien mit einer um bis zu 250 Prozent gesteigerten Maisernte aufgeführt. pm

Thalheim für Agrarfabriken

Als „Weg zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ hat Agrarstaatssekretär Thalheim kürzlich den Aufbau von Schweine-Großanlagen in den neuen Ländern bezeichnet. Wie viele bäuerliche Arbeitsplätze durch diese Agrarfabriken (mit wenigen Arbeitskräften) verdrängt werden, thematisierte Thalheim nicht, als er die BLF Schweineaufzucht GmbH in Bernitt (Mecklenburg) besuchte. Sie umfasst eine Sauenanlage mit 1.150 Plätzen und eine Mastanlage in Viezen mit 10.000 Plätzen (mit 7 Arbeitskräften). Die Ferkel werden von den belgischen Besitzern aus Dänemark importiert. Der Staatssekretär zeigte sich beeindruckt und bedauerte, dass es von 70 geplanten Großanlagen in Mecklenburg-Vorpommern bisher erst bei vieren zur Antragstellung kam. Er kritisierte die „restriktive Auslegung der Vorschriften“ durch Behörden und das „emotionale Verhalten der Bevölkerung“. Die engagierten Agrarfabrikgegner in den Bürgerinitiativen werden diese Schelte als Bestätigung werten. en

200 Millionen Liter Gülle

Der sogenannte „Ferdinandshof“, die europaweit größte Agrarfabrik mit 23.000 Rindern, will einen Teil seiner jährlichen Millionensubventionen in den Bau von Deutschlands größter Biogasanlage investieren. In dem ehemaligen DDR-Betrieb im Uecker-Randow-Kreis, die heute dem Augsburger Getreidehändler Osterhuber gehört, fallen jährlich 200.000 Tonnen Gülle an, die bisher zum Teil unsachgemäß entsorgt wurden. pm

Viel Geld an Große

Auch in den USA geht der Großteil der Agrarsubventionen, nämlich zwei Drittel, an nur ein Zehntel der Farmen. Im Jahre 2002 erhielt ein einziges Unternehmen 110 Millionen Dollar, so die US-Umweltorganisation „EWG“. pm

Makabrer BDI-Vergleich

Wohl eher die Sucht nach billigen Rohstoffen als die Sorge um die armen Länder des Südens hat Michael Rogowski, den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), zu folgender Aussage im Magazin *Capital* bewegt: „Wie stark die Industrieländer ihre Agrarmärkte abschotten, lässt sich mit einem drastischen Bild beschreiben: Sie unterstützen ihre Landwirtschaft in einem Maß, das ausreichen würde, ihre 41 Millionen Milchkühe Jahr für Jahr anderthalb Mal first class um den Globus fliegen zu lassen. Dabei leben mehr als eine Milliarde Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag.“ Die Armut der armen Länder als Schuld der Milchbauern? Makaber. Gerade aus dem Munde eines BDI-Funktionärs. en

Ulmer Fleischberge

1.000 t Rindfleisch lagern seit September 2001 im Ulmer Schlachthof, weil private BSE-Testlabors geschlampt hatten. Die Stadt Ulm zog das Fleisch aus dem Verkehr und konnte den privaten Schlachthof nur durch eine Bürgschaft über drei Mio. Euro vor dem finanziellen Ruin retten. Weil sich Stadt und Land über die Kostenübernahme streiten und bis zu einem Gerichtsentscheid noch leicht drei Jahre ins Land ziehen können, wird das Fleisch selbst als Tierfutter nicht mehr zu gebrauchen sein. pm

Punkten mit Nisthilfen

Der Bund Naturschutz in Bayern will mit dem Wettbewerb „Mehr Natur in Hof und Flur“ die Partnerschaft zwischen Naturschutz und Landwirtschaft stärken

Konfliktträchtig ist die Thematik seit eh und je: NaturschützerInnen beklagen, dass in Äckern und Grünland keine Kräuter mehr blühen, die wichtige Lebens- und Futtergrundlage für Insekten und Vögel sind. Die Landwirte auf der anderen Seite fühlen sich unverstanden, würden sie doch selbst gerne der Natur mehr Raum geben, fürchten aber, dass ihre wirtschaftliche Existenz dadurch bedroht ist.

Leistungen würdigen

Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis Landwirtschaft des Bund Naturschutz in Bayern (BN) vor drei Jahren die Idee eines Wettbewerbs entwickelt, der Leistungen von Landwirten für den Naturschutz würdigen soll. Seit dem Start im Jahr 2001 beteiligten sich 160 landwirtschaftliche Familienbetriebe in 22 bayerischen Landkreisen an dem jeweils regional ausgeschriebenen Wettbewerb. Die ehrenamtlichen Naturschützer, die in ihrem Landkreis den Wettbewerb umsetzten, bildeten eine Jury aus Vertretern von Landwirtschaft und Naturschutz, die in den Sommermonaten bei einem Rundgang den Hof nach dem vom Arbeitskreis erarbeiteten Punktesystem bewerteten. Insgesamt konnten 100 Punkte erreicht werden: 30 Punkte gab es für den Schutz von Boden, Wasser und Luft sowie eine artgerechte Tierhaltung. Dazu gehören Maßnahmen wie die Reduzierung des Pestizideinsatzes bis zur Fütterung der Tiere auf der Basis betriebseigener Futtermittel. Für den Erhalt naturnaher Landschaftsteile in der Agrar-Landschaft wurden fast die Hälfte, nämlich 45 der 100 Punkte vergeben. Besonderer Augenmerk galt der Vernetzung von Landschaftselementen. Für die Hofstelle selbst wurden als dritter Bereich insgesamt 25 Punkte vergeben, hier konnten Aspekte wie landschaftsgebundenes Bauen bewertet werden.

Es war erstaunlich, welche Vielfalt an Naturschutzmaßnahmen die Jurymitglieder zu sehen bekamen. Regionstypisch renovierte Bauernhäuser, Planzenkläranlagen, Hackschnitzelheizungen, reichhaltige Ruderalfluren mit typischen Pflanzen wie Schöllkraut oder Nisthilfen für Insekten zum Beispiel. Keine Überraschung war, dass die ca. zwei Drittel Biobauern unter den Teilnehmern im Bereich Ressourcenschutz deutlich vorne lagen.

Artenvielfalt und Ressourcenschutz

Kaum Unterschiede zwischen ökologisch wirtschaftenden und konventionellen Betrieben gab es dagegen im Bereich von Strukturreichtum und Artenvielfalt. Eindrucksvolle Beispiele waren z.B. die Neuanlage von Hecken oder Weihern, der Erhalt von Uferstreifen, Baumgruppen, stufig aufgebaute Waldsäume oder speziell angelegte Blühstreifen.

Die Jurymitglieder legten nach Auswertung der Bewertungsbögen die Landkreissieger fest. Viele der Siegerehrungen fanden mit dem Landrat als Schirmherrn statt, der Siegerurkunden und Preise überreichte. Die beteiligten Landwirte hatten allesamt gut lachen, die Presseberichterstattung war positiv für Landwirte und Naturschützer, und es konnten persönliche Kontakte zu Behörden und zum Bauernverband aufgebaut werden. Der BN hofft darauf, dass sich 2004 wieder viele neue Interessenten für den Wettbewerb finden werden. *Marion Ruppenner*

Weitere Informationen: BN-Landwirtschaftsreferentin Marion Ruppenner, ☎ 09 11 / 8 18 78 20, Fax 86 95 68, E-Mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de.

Die Broschüre Infodienst: „Mehr Natur in Hof und Flur“ mit praktischen Beispielen für Naturschutzmaßnahmen auf dem Hof ist gegen 3,07 € erhältlich bei der BN-Service GmbH, ☎ 0 91 23 / 99 95 70, Fax 0 91 23 / 9 99 57 99.



Wohlvollend begutachtet die Amberger Jury das kleine Biotop im Maisacker

Foto: Ruppenner

Wurstfabrikanten-Stall mit Kammer-Hilfe

Der Bremer Wurstfabrikant Könnecke hat in Hepstedt im Kreis Rotenburg/Wümme seine umstrittene Schweineanlage mit 1.970 Mastplätzen zunächst durchsetzen können (s. BS Oktober 02). Bürgermeister Meurer betonte beim Richtfest, dieser Bau habe „nicht nur Wohlwollen hervorgerufen“. Könnecke, der in Hepstedt Immobilien und Einfluss besitzt, hatte zum Antragszeitpunkt erst 190 Hektar Land erworben: Einerseits genug, um die Erweiterungsmöglichkeiten heimischer Landwirte erheblich einzuengen. Andererseits zu wenig, um den laut Baurecht erforderlichen Flächennachweis für 50 Prozent Futtergrundlage und Gülleausbringung nachzuweisen. Das hatten Anwohner im Erörterungsverfahren detailliert nachgewiesen.

Auch die SPD-Kreistagsfraktion schloss sich jetzt diesen Bedenken an: Den ansässigen Landwirten schade das Projekt, laut Gutachten der Landwirtschaftskammer fehlten Könnecke zum Antragszeitpunkt noch 43 ha Nachweisflächen, zumal von den 190 ha etwa 160 ha Wiesen und Weiden

seien, die bis zum Frühjahr unter Wasser ständen und nicht zur Gülleausbringung geeignet seien. Der Landtagsabgeordnete Helberg will bei Landkreis und Bezirksregierung nachfragen, ob das Genehmigungsverfahren korrekt gewesen sei.

Er sollte auch bei der Bezirksstelle Bremervörde der Landwirtschaftskammer nachfragen: die hatte in ihrem Gutachten nämlich – trotz der fehlenden Flächen – dem Könnecken Schweinestall das Prädikat „landwirtschaftlich“ bescheinigt: mit dubiosen und unzulässigen Hinweisen auf den eventuell möglichen Zukauf weiterer Flächen, mit Einberechnung der nassen Grünlandflächen und mit einer unsäglichen Schönrechnung der Phosphorbilanz: Um nicht die eindeutige Überbelastung der Könnecke-Flächen mit den zugeführten Phosphornährstoffen feststellen zu müssen, hatte das Kammer-Gutachten die Aufdüngung der Versorgungsstufe B (gilt normalerweise als ausreichend) bis knapp unter die Stufe „Übersorgung“ als „gute fachliche Praxis“ toleriert. Ein Gefälligkeitsgutachten der Landwirtschafts-



kammer – für einen Agrarindustriellen, der die heimischen Landwirte einengt?

en

Der Wurstfabrikant Könnecke darf nun mit zweifelhaften Gutachten seine Schweinemastanlage bauen.

Foto: Archiv

Pohlmann: Nach US-Skandalen nun nach Tschechien und Rumänien

Der in Deutschland wegen illegaler Praktiken mit Tierarzneimitteln und wegen tierquälerischer Haltungsbedingungen mit Berufsverbot belegte Eierfabrikant Anton Pohlmann ist seit Jahren auch in den USA aktiv. Seine vier „Buckeye Egg“-Farmen mit 15 Millionen Legehennen sind auch dort ununterbrochen Anlass für Skandale: wegen illegalen Bauens und Überbelegung, wegen Vergrabens von Kadavern und Abfällen, wegen Verseuchung des Grundwassers durch Impfstoffe, wegen Fliegen- und Käferplagen in der Nachbarschaft und wegen zahlreicher Fischsterben durch Einleitung von Gülle und Trockenkot in die Flüsse. Dass Pohlmann in den USA so lange ungeschoren davon kam, liegt an fehlenden US-Gesetzen zu Aufzucht, Transport und Schlachtung von Hühnern. Trotzdem haben US-Gerichte gegen Pohlmann bereits zahlreiche hohe Geldstrafen verhängt, Baustopps angeordnet und auch Gefängnis und Vermögensentzug angedroht. Pohlmann fühlt sich angesichts der Strafen als „Ausländer“ diskriminiert und verhandelt angeblich über den Verkauf seiner US-Agrarfabriken mit einer japanischen Firmengruppe. Andere Gerüchte wollen von Neubauplänen Pohlmanns in anderen US-Staaten wissen.

Nach Deutschland kann Pohlmann allerdings nicht zurück: 1997 verurteilte ihn der Bundesgerichtshof zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und auf 2 Millionen

DM Schadenersatz. Denn Pohlmann hatte mehrfach seine Käfige und Agrarfabriken überbelegt, 1996 ließ er 10 Millionen Hühner gegen Ungeziefer mit dem hochgiftigen und verbotenen Nikotinsulfat besprühen, was die Eier verseuchte. Er ließ 80.000 weitere salmonellenkranke Hennen durch Abschaltung der Lüftung und der Tränken qualvoll verenden. Bereits vor seiner Verhaftung in Deutschland hatte Pohlmann seine 28 Eierfarmen verkauft, und zwar an die „Deutsche Frühstücksei GmbH“, die seine Farmen weiterbetrieb und damit zum größten deutschen Eierkonzern aufstieg.

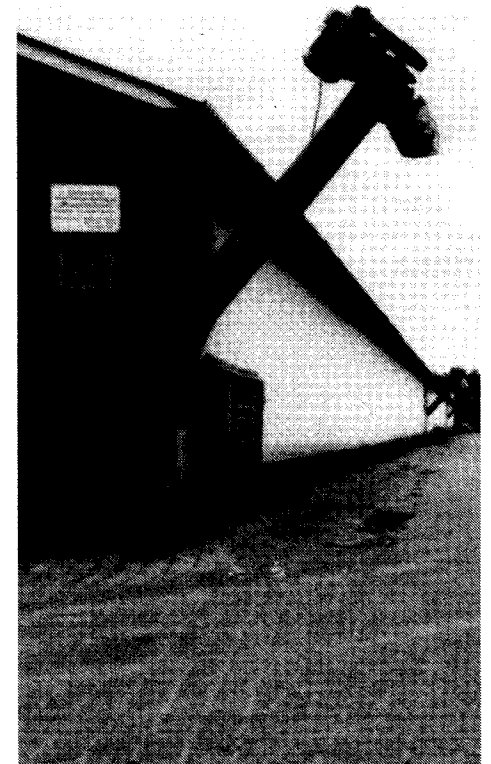
Pohlmann will nun verstärkt in Ostblockländern investieren, in denen das EU-Verbot der Käfighaltung noch keine Geltung erhalten hat: Heftigen Widerstand gibt es seit langem gegen seine Legehennenfabriken „Ceska Drubez“ im Kreis Domazlice kurz hinter der tschechischen Grenze. Leider konnte bisher lediglich eine Reduzierung seiner Baupläne von 1,8 auf 1,2 Millionen Hühner erreicht werden. Eine weitere Aufzuchtanlage für 600.000 Küken ist bereits fertig. Offiziell fungieren nicht die Pohlmanns als Investoren, sondern der Deutsche Otto Maier, der laut *top agrar* zuvor als Hilfskraft auf einer bayerischen Pohlmann-Farm gearbeitet hat.

Die ungarischen Behörden verhinderten vor drei Jahren den Bau von Pohlmann-Agrarfabriken in Südwestungarn. Sie befürchteten offenbar nicht nur die Verdrän-

gung der einheimischen Produktion, sondern auch die Rufschädigung des ungarischen Standorts.

Pohlmann plant jetzt offenbar auch im rumänischen Banat den Aufbau von riesigen agrarindustriellen Käfig-Anlagen, unter Einschaltung eines Futtermittel- und Bauunternehmers aus dem Raum Bremen – so berichten es Informanten aus der deutschen Geflügel-szene. Pohlmann hofft angesichts der politisch-administrativen Lage in Rumänien offenbar auf einen Freibrief hinsichtlich der Tierschutz-, Arbeits- und Umweltauflagen: In Rumänien liegen weite Teile der Agrarproduktion am Boden, internationale Agrarkonzerne kaufen in großem Stil Land auf. Angeblich sollen die rumänischen Stellen bereits durch das deutsche Auswärtige Amt vor Pohlmanns Plänen gewarnt worden sein, bisher allerdings ohne sichtbaren Erfolg.

ubst



Der Geflügel-Industrielle Pohlmann will nun in Osteuropa neue Fabriken errichten.

Foto: Archiv

foodwatch bemängelt fehlende Konsequenzen aus Futtermittelskandalen

„Die Gifte, die auf unseren Tellern landen, gelangen alle auf dem gleichen Weg dorthin – über das Tierfutter. Danach hat sich auch trotz vollmundiger Versprechungen der Politik nichts geändert“ zitiert *Der Spiegel* den ehemaligen Greenpeace-Chef und foodwatch-Gründer Thilo Bode. In seiner ersten foodwatch-Jahresbilanz beklagt Bode: Noch immer mangle es vor allem im Futtermittelsektor an klaren Regeln, fehlten Bestimmungen zur sachgemäßen Lagerung von Erntegütern und zur Registrierung von Lagerstätten. „Außer präzisierten Meldepflichten bei Verdachtsfällen ist wenig passiert“, bemängelt Bode. Jeden Tag könne ein neuer Futtermittelskandal hoch kochen. pm

NRW-Hanftag gut besucht



60 Teilnehmer diskutierten am NRW-Hanftag auf Haus Düsse die aktuelle Markt- und Preissituation, die Nutzung des bundesweiten Förderprogramms zu Dämmstoffen und die weitere Entwicklung von Hanf und anderen Naturfaserprodukten mit (v.l.n.r.): Dr. Gerhard Haumann, Leiter Landwirtschaftszentrum Haus Düsse; Ernst-Otto Meinecke, Vizepräsident Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe; Dr. Thomas Griese, NRW-Staatssekretär; Karl-Erich Oldemeyer, Vorsitzender Hanfverein; Hans-Bernd Hartmann, Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW. Im Jahr 2003 konnte der Hanfanbau in Deutschland auf 2.700 ha gesteigert werden. Die Fasern werden vor allem in der Automobilindustrie verwendet, hier nahm die Menge an Naturfasern insgesamt von 4.000 t im Jahr 1996 auf 17.000 t im Jahr 2002 zu. Foto: Block

Grünleuchtende Gentech-Ferkel

Forscher der Universität München haben das Erbgut von Schweine-Embryonen mit Viren infiziert, die die Ferkel grün aufleuchten lassen. Dadurch soll die Züchtung von Tieren mit fremder Erbsubstanz einfacher und kostengünstiger werden. pm

Vorwürfe gegen Kreisveterinär

Der Osnabrücker Kreisveterinär hat gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren eingeleitet, nachdem ihm Bestechlichkeit und Duldung von Unregelmäßigkeiten in einem Schlachthof (z.B. Tiere ohne Ohrmarke) vorgeworfen werden. Der Kreistierarzt soll eine Beratertätigkeit für einen Fleischverarbeiter ausgeübt haben, ein von ihm kontrolliertes Unternehmen soll ihm eine Reise in die Mongolei gesponsert haben. noz

Vitaminreduzierte Kartoffeln

In den heutigen amerikanischen Kartoffeln sind erheblich weniger Vitamine enthalten als vor 50 Jahren. Die kanadische Universität Guelph ermittelte einen Rückgang von 57 Prozent bei Vitamin C, 50 Prozent bei Vitamin B2 und je 28 Prozent bei B1 und Calcium. pm

KURZES AM RANDE

Zur Zukunft von Hanf und nachwachsenden Rohstoffen

Interview mit Hans-Bernd Hartmann vom Zentrum für nachwachsende Rohstoffe

Herr Hartmann, gerade haben Sie mit Erfolg den neunten Hanftag in Nordrhein-Westfalen (NRW) durchgeführt. Wo steht der Hanfanbau im „verflixten siebten Jahr“ seit Wiedezulassung in Deutschland?

Der Hanfanbau hat in NRW in den letzten Jahren in einer Größenordnung zwischen 50 und 250 Hektar stattgefunden. Diese relativ geringe Fläche zeigt, dass die Landwirte mit der neuen Kulturpflanze erst Erfahrungen sammeln mussten. Auch Fragestellungen zu Produktionstechnik, Weiterverarbeitung sowie Vermarktung mussten bearbeitet werden. Da war es hilfreich, den Hanfverein als Selbsthilfeorganisation der Landwirte zu haben sowie als Förderer des Hanfanbaus allgemein und zum zweiten die Erzeugergemeinschaft, die den Anbau regelt und auch wirtschaftlich tätig werden kann. Beide Organisationen haben sich positiv entwickelt. Die Erzeugergemeinschaft zählt inzwischen 60 Mitglieder.

Heißt das, der Hanfanbau hat sich von 50 auf 250 Hektar ausgeweitet?

Nein, tatsächlich haben wir zur Zeit wieder weniger Fläche, in diesem Jahr etwa 85 Hektar. Angefangen haben wir mit 50 Hektar und waren zwischenzeitlich bis 250 Hektar. Diese Schwankungen hängen eng mit Fragen des Absatzes und mit geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen zusammen. In 2001 gab es z. B. einen Flächenrückgang, weil die Stillgelegungsflächen für den Hanfanbau wegfielen und die Prämie gekürzt worden ist. In diesem Jahr wurden die Verträge mit einem anderen Erstverarbeiter abgeschlossen, der Agro Dienst GmbH in Niedersachsen. Bedingt durch die teilweise weiten Entfernungen hat es Einbrüche bei den Verträgen gegeben. Dass es trotzdem 85 Hektar geworden sind, macht deutlich, dass die Landwirte gewisse Erwartungen an den Hanfanbau haben.

Hanf als Rohstoff für Haus und Auto – das war Schwerpunktthema beim diesjährigen Hanftag. Da trifft eine alte Kulturpflanze auf moderne High-Tech-Industrie. Wie passt das zusammen?

Grundsätzlich passen High-Tech und nachwachsende Rohstoffe sehr gut zusammen. Denn Produkte werden heute zu Energiebilanz und Entsorgungseigenschaften kritisch hinterfragt. Nachwachsende Rohstoffe eignen sich wunderbar,

um Stoffkreisläufe zu schließen. Hanf als Rohstoff für Haus und Auto wurde als Thema gewählt, um deutlich zu machen, dass schon heute Produkte auf der Basis von Hanf – von vielen unbemerkt – im Auto eingesetzt werden.

NRW-Staatssekretär Thomas Griese hat dem Hanfverein seine Unterstützung zugesagt, die Prozesskette zwischen Landwirtschaft und weiterverarbeiten der Industrie zu schließen. Wo sind Ansatzpunkte?

Förderungen im landwirtschaftlichen Bereich sind schon zahlreich vorhanden.

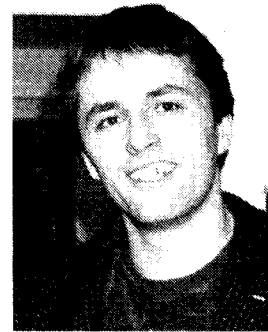
Das Dilemma für die Verbindung von High-Tech-Industrie und Landwirtschaft liegt darin, dass für Wirtschaftsförderung, Forschung und Entwicklung die Landwirtschaft mit ihren Produkten meist nicht Gegenstand der Betrachtung ist. So muss ein politik-

und branchenübergreifender Dialog gefördert werden, um konkrete Projekte voranzubringen. Für die Landwirtschaft besteht das Problem, dass die Produktion meist bei der ersten Verarbeitungsstufe endet. Bei nachwachsenden Rohstoffen müssen aber geschlossene Produktlinien bis zum Endprodukt erarbeitet werden. Die dafür nötige Kommunikation kann der einzelne Landwirt nicht leisten, da sind u.a. die Erzeugergemeinschaft oder Projektbörsen gefragt. Dann stellt sich noch die Frage der Finanzierung. Mittel der öffentlichen Hand werden nur zur Verfügung gestellt, wenn ausreichend privatwirtschaftliche Interessenten aus Produktion und Vertrieb vorhanden sind.

Welche Bedeutung kommt den Förderprogrammen zu?

Es war eine wesentliche Botschaft des Hanftags, dass es nun ein Markteinführungsprogramm im Bereich der Dämmstoffe für Endverbraucher gibt (www.naturdaemmstoffe.info). Das heißt: Neben dem Auto, wo Naturfaserverbundstoffe schon immer drin waren, gibt es nun Perspektiven im Dämmstoffbereich. Politisch ist das ein großer Erfolg, da es zum ersten Mal gelungen ist, neben Raps eine andere Produktionsrichtung in die Markteinführungsförderung zu bekommen. Damit sind der Vielfältigkeit landwirtschaftlicher Rohstoffherzeugung nun weitere Türen geöffnet.

Vielen Dank für das Gespräch. we



Eine Herausforderung für die Betriebe

Die Tschechien-Exkursion 2003 der Ökolandbau-Studenten aus Witzenhausen führte in diesem Jahr in das EU-Beitrittsland Tschechien

Im Sommer 2003 unternahmen wir, 37 Studenten und Dozenten der Universität Kassel vom Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften in Witzenhausen, eine Exkursion in die Tschechische Republik, wo wir die Wirtschaftsweisen verschiedener Ökobetriebe kennen lernten.

Kleinbauern neben Ökofabriken

Auf der Gemüsefläche eines fröhlichen älteren Ehepaars waren wir von dem Ergebnis intensiver Handarbeit mit einfachen Geräten begeistert: vorbildliche Kulturen aller Arten! Jemand von uns fragte, warum sie für die gute Qualität nicht höhere Preise als im Supermarkt verlangten, sie antworteten: „Was sollen wir damit anfangen? Wir haben, was wir brauchen!“ Bezeichnend auch die Meinung eines Kräuterverarbeiters zu Ertrag und Qualität, „man soll akzeptieren, was das Feld uns gibt.“ Obwohl Tschechiens Wirtschaft durch politischen Wandel und noch sichtbare Hochwasserschäden zurückgeworfen wurde, stellen die Bauern vieles auf die Beine. Innovative Dorferhaltung nach der Wende mit Schilfkärlanlage, Holzschnitzel-Blockheizkraftwerk und Vermarktung traditioneller Apfelprodukte

zum Beispiel. Den Eindruck einer marktangepassten Fabrik machte als Kontrast zu den Familienbetrieben eine 8.000 ha große, ökonomiebetonte landwirtschaftliche Aktiengesellschaft aus ehemaligen LPGen mit 1700 ha Ökoflächen. Aus einem Werbefilm erfuhren wir vom „Kampf vollkommener Technik mit der Natur“; ökologische Tierhaltung wird hier laut Betriebsleiter „wegen der staatlichen Subventionen auf Grünland mit Mutterkuhhaltung“ betrieben – gleichzeitig stehen 800 konventionelle Milchkühe ganzjährig im Stall.

Der tschechische Ökolandbau stecke noch in den Anfängen, erklärten uns die Führungskräfte des ProBio-Anbauverbands, selbst Landwirte und Bäcker. Da es nur wenige eigene Verarbeitungs- und Vermarktungswege gibt, würden viele biologische Produkte derzeit konventionell vermarktet. Zudem sei der Absatz von Biogemüse eher gering, da viele Familien ihren Gemüsebedarf weitgehend aus dem eigenen Garten decken. Bei der Ausbildung im Ökobereich mangle es noch an qualifiziertem Lehrpersonal und staatlichen Geldern. Als Fazit müsse bei den Verbrauchern für die Anliegen des Öko-

landbaus noch stark geworben werden, doch die Artenvielfalt des Landes und das Interesse an traditionellen Bewirtschaftungsformen stellt meiner Ansicht nach ein Potenzial für naturnahe Landwirtschaft dar.

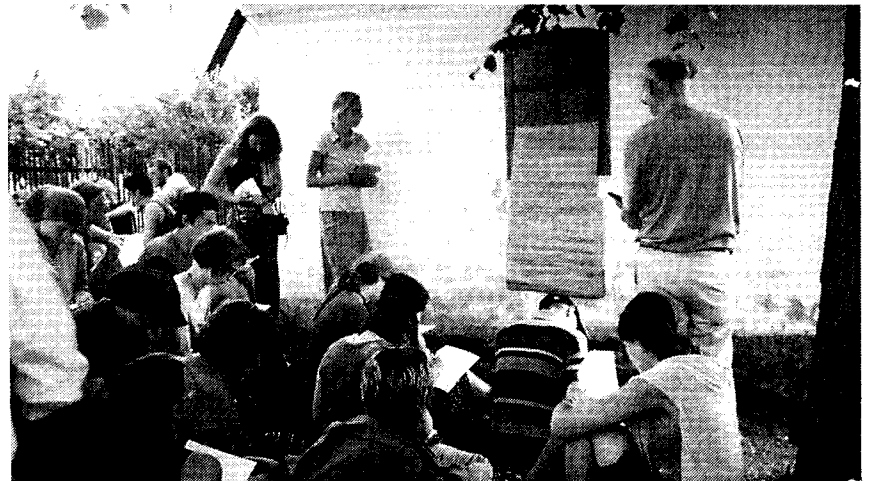
EU als Chance?

Bei vielen Gesprächen war der EU-Beitritt ein Thema. Manche der Bauern sind besorgt um die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Landwirtschaft, da sie die Technik gerade in den Fami-

lienbetrieben für veraltet halten. Doch die meisten Landwirte sehen optimistisch auf den „dringend nötigen“ Beitritt, sie können dann zollfrei in die EU liefern. Eine Mitgliedschaft wird als Herausforderung gesehen: Einige liebäugeln mit Vergrößerung und Spezialisierung ihrer Betriebe.

Die Offenheit unserer Gastgeber und das gegenseitige Interesse bei dieser Fahrt lässt auf gute künftige deutsch-tschechische Beziehungen hoffen!

Katrin Rösner



Ökolandbau in Tschechien – Abschlussevaluation der Studienfahrt

Foto: SPÖL

Polnische Wachstumslandwirte treffen nordhessische Vielfalt

Nein, so hatten sie sich Landwirtschaft im Westen nicht vorgestellt. Eine Delegation von vier aktiven Landwirten und einem Behördenvertreter aus Polen ist überrascht, was sie auf verschiedenen Betrieben in Nordhessen sowie dem Öko-Versuchsgut Frankenhäuser zu sehen bekommen. Die Besucher kommen aus der Region Nowe Mi-

asto Lubawskie (Neumark), einer Endmoränenlandschaft mit mittleren Böden und vorwiegender Schweine- und Geflügelhaltung zwischen Torun (Torn) und Olsztyn (Allenstein). Sie sind nicht zum ersten Mal in Deutschland, doch bei ihren bisherigen Besuchen im Landkreis Oldenburg (in Niedersachsen) hatten sie ein anderes Bild gewonnen

als in Nordhessen. Nun, Legehennen in mobilen Ställen (siehe BS 6/03, S.16) sowie Schweine in extensiver Freilandhaltung gibt es natürlich auch nicht überall zu sehen. Auch dass ein Betrieb wie derjenige der Familie Roth neu in die Landwirtschaft eingestiegen ist und dazu noch recht gut von der Haltung relativ weniger Tiere (2.000 Masthähnchen, davon 800 Küken, und 900 Puten, davon 300 Küken) und Direktvermarktung leben kann, wollten die polnischen Besucher erst gar nicht glauben. Überrascht hat sie auch die kleine Schlachtplatzanlage für Geflügel, die sie nach ihrem Kenntnisstand über die EU rechtlich gar nicht für möglich gehalten hätten. Ihren Vorstellungen entsprach schon eher der Besuch auf einem 250-Sauenbetrieb, wo Schutzanzüge angelegt werden mussten. So berichtet Landwirt Galinski aus Polen, dass er seinen 40-ha-Schweinemastbetrieb schon völlig mechanisiert hat mit automatischer Fütterung und computergesteuertem Raumklima. Doch mit den Freiland Schweinen lassen die Besucher sich gerne fotogra-

fieren. Das ist nicht nur lustig, sondern könnte für flächenstarke Betriebe im Osten durchaus auch wirtschaftlich interessant sein. Schließlich bewirtschaftet Landwirt Ziejewski 1040 Hektar. Nur beim Begriff „ökologisch“ scheiden sich noch die Geister. Denken die Gastgeber aus Witzenhausen dabei an die festen Vorgaben der EU-Bioverordnung, ist für die Gäste aus Polen alles „öko“, was mit weniger Düngemitteln und Spritzmitteln auskommt als im Westen. Auch sehen die polnischen Landwirte bei sich keinen Markt für Öko-Produkte. Sie selber haben die Entscheidung für ihre Betriebe schon getroffen: Orientierung an der klassischen konventionellen Landwirtschaft im Westen. Der Fachbereich Landwirtschaft der Universität Kassel in Witzenhausen will den Austausch mit der Region Nowe Miasto Lubawskie fortsetzen, denn schließlich gibt es dort auch viele Betriebe, denen eine Intensiv- und Wachstumslandwirtschaft westlicher (süddoldeburgerischer) Prägung keine Perspektiven bietet.

zu 2



Die Kollegin aus Polen ist etwas überrascht über die Freilandhaltung von Mast Schweinen in Deutschland. Foto: Hofstetter

„Schweiz-Theo“ kontra „Florida-Rolf“

Der Milchmulti Theo Müller will seinen Wohnsitz offiziell in die Schweiz verlegen, um Erbschaftssteuer zu sparen. Das kirchliche Magazin „Publik-Forum“ verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Müller jahrelang „regen Gebrauch“ von den staatlichen Subventionen gemacht hat, u. a. beim günstigen Erwerb seiner Großmolkerei in Sachsen. Aber während die Regierung (anlässlich der Pressekampagne zu „Florida-Rolf“) eine große Initiative zur Unterbindung von Sozialhilfe-Zahlungen ins Ausland vorbereite, bleibe sie hier stumm: „Die Deutschland AG verliert ihr soziales Gesicht, und dahinter erscheint eine hässliche Fratze.“ en

KURZES AM RANDE

Agrarindustriegemeinde Nr. Eins

Einen zweifelhaften Rekord als „geflügelreichste Gemeinde“ Hollands hat man für den Ort Venray ermittelt: Durch einen Zuwachs von 32 Prozent in den vergangenen vier Jahren sind dort jetzt 3,3 Millionen Hühner eingestallt. So rangiert Venrays Agrarindustriedichte jetzt vor dem Ort Barneveld mit 3,2 Millionen Hühnern. Unterdessen hat die EU-Umweltkommissarin Wallström die niederländische Regierung dringlich angemahnt, endlich einen Plan für die Verringerung der Gülle- und Trockenkot-Überschüsse vorzulegen. pm

Managergehalt nach Milchpreis

Abhängig vom Erfolg – immer mehr Unternehmen koppeln laut Wirtschaftswoche die Gehälter ihrer Topmanager an die Erfüllung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen. Leider gibt es bisher keine Daten darüber, wie viele Molkerei-Manager bereits nach Maßgabe des ausgezahlten Erzeuger-Milchpreises bezahlt werden. en

Nudel zwischen Vario-Getrieben

Eine (ungekochte) Spaghetti-Nudel, leicht gebogen, der Länge nach eingeklemmt zwischen zwei großen Fendt-Traktoren, machte drei Landwirte aus dem bayerischen Triesdorf zu Wettkönigen. Bei der ZDF-Sendung „Wetten dass“ schafften sie es, die beiden Trecker – genau abgestimmt – so zu bewegen, dass die Nudel weder herunterfiel noch zerbrach, ehe sie nach acht Metern in einen Kochtopf plumpste. en

Agrarprobleme für Michael Jackson und Madonna

Michael Jackson könnte seine Agrar-Steuerergünstigungen für seine Neverland-Farm in Kalifornien verlieren, weil er Ländereien an einen Rinderfarmer verpachtet hat und somit der landwirtschaftliche Eigenanteil zu gering ist. Andere Probleme hat Madonna auf ihren englischen Ländereien: Aus Angst vor der „Rache der Rebhühner“ hat die Pop-Queen dort die Jagd untersagt. ED

Mist-Stücke prämiert

Kabarettgruppe aus Österreich erhält internationalen Landfrauenpreis 2003

Jährlich wird am 15. Oktober, dem internationalen Landfrauentag, von der Frauen-Weltgipfel-Stiftung ein Preis an herausragende, kreative Land-Frauenorganisationen vergeben. Dieses Jahr geht er an die Kabarettgruppe der Österreichischen Bergbau-

ern und Bergbäuerinnen Vereinigung (ÖBV). Die „Mist-Stücke“ arbeiten mit ihrem Stück „Außer Kontrolle“ seit 1998 den eigenen Alltag und die agrarpolitische Situation in Österreich kabarettistisch auf. So werden die sehr widersprüchlichen Anforderungen an Bäuerinnen vermittelt und das Bäuerinnenbild in der Öffentlichkeit ein Stück weit zurechtgerückt. Bisher gab es für dieses Projekt keine finanzielle Unterstützung aus öffentlicher Hand und die Frauen erwirtschaften sich das Geld für die Weiterentwicklung des Stückes und der Spielerinnen selbst über ihre Auftritte. we



Die Mist-Stücke: Neun Bäuerinnen aus Ober- und Niederösterreich (sitzend v.l.n.r.: Annemarie Steyrl, Monika Gansch, Christine Gattringer; stehend: Helga Krickl-Stricker, Evi Katzensteiner-Barth, Maria Vogt, Monika Gruber, Annemarie Pühringer-Rainer; es fehlt: Gusti Leitner) spielen unter künstlerischer Leitung von Beate Leyrer. (siehe auch S. 9) Foto: ÖBV

Blick in bäuerliche Arbeitswelten

Wie sieht es aus: das Alltagsleben auf den Höfen?“ hatten wir in der Juni-Ausgabe der Bauernstimme gefragt und unsere Leserinnen und Leser dazu aufgerufen, Bilder zum Thema einzuschicken. Wir freuen uns über die rege Teilnahme und bedanken uns herzlich bei allen, die mitgemacht haben. Leider können wir nicht alle eingesandten Fotos (sowie Texte) hier abdrucken. Deshalb wird es auf der AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen eine Ausstellung zum Fotowettbewerb geben. Hier nur einige kurze Gedanken zu den Bildern:

Alltagsleben auf den Höfen heißt Arbeit und auf bäuerlichen Betrieben vor allem Handarbeit. Eindeutig im Mittelpunkt steht dabei das Vieh. So tummeln sich auf

15 von insgesamt 24 eingesandten Bildern Rinder: beim Hüten, beim Melken, beim Füttern, bei der Euterkontrolle oder Klauenpflege. Schweine waren nur zweimal vertreten. Weniger fotografiert wurde zum Ackerbau (nur zwei Bilder). Und gar keine Bilder gab es zu Verarbeitung und Vermarktung.

Bei so vielen schönen Bildern ist uns die Auswahl eines Gewinners schwer gefallen. So haben wir uns entschlossen, zwei erste Preise zu vergeben. Je ein Bildband gehen an Stefan Graf in Euskirchen (Bild links) und Wolfgang Eisenberg in Clenze (Bild rechts, mit Selbstauslöser). Die anderen Teilnehmer erhalten als Dankeschön ein Buch aus dem AbL-Verlag.

we

Gewinner
Fotowettbewerb
2003



LESERBRIEFE

Der unsoziale „Selbstbehalt“

Zur Agrardieselerückvergütung („Sparpaket beschlossen“, BS 11/03)

Bei der Kürzung der Mineralölsteuervergütung soll neben der Obergrenze von 10.000 Liter verbrauchtem Agrardiesel pro Jahr nun auch ein sogenannter „Selbstbehalt“ von 350 Euro pro Betrieb ab 2005 eingeführt werden. Auf meinem 20 ha NEULAND-Betrieb habe ich in den letzten Jahren um die 400 Euro Dieselerückvergütung erhalten. Aufgrund der Bagatellgrenze von 50 Euro, werde ich mich in Zukunft bemühen müssen, auf keinen Fall weniger Diesel zu verbrauchen, wenn ich noch einen kleinen Rückzahlungsbetrag erhalten will. Alle Betriebe unter 15 Hektar werden in Zukunft keinen Cent Rückvergütung mehr erhalten. In einem Bundesland wie Bayern mit einer kleinbäuerlichen Struktur sind

dies rund 70.000 Betriebe. In meinen Augen ist es ein Skandal, wenn nun der Bundeshaushalt auf Kosten der einkommensschwachen Kleinbetriebe saniert werden soll ... Obwohl es ökologisch vernünftig wäre, wird Flugzeugbenzin weiterhin nicht versteuert. Das BMVEL vertritt offenbar nur noch Verbraucherinteressen, der Erhalt bäuerlicher Strukturen ist nicht Regierungsprogramm ...

Die AbL kann den „Selbstbehalt“ von 350 Euro bei der Dieselerückvergütung unmöglich hinnehmen. Warum wurde Ministerin Künast noch nicht zur Rede gestellt und eine sozial gerechte Sparpolitik eingefordert?

Karl-Heinz Rengstorf, Blender-Oiste

Von agrarindustriellem Kot-Abfall die Nase voll !

Anrühige und andere Gründe gegen Hühnertrockenkot

Im Herbst und im Frühjahr stinkt es beißend in vielen unserer Dörfer ... nach Hühnertrockenkot. ... Während die allermeisten Dorfbewohner ... bisher durchaus Verständnis für das Ausbringen betriebseigener Wirtschaftsdünger haben, ruft der Trockenkot-Gestank vielerorts immer heftigere Proteste hervor. Das kostet die Landwirtschaft ... gewaltig viel Akzeptanz. Denn hier handelt es sich ... um die ... Beseitigung von ... Abfällen aus der sog. „flächenunabhängigen Veredlung“ bzw. der agrarindustriellen Käfighaltung. Das Futter dafür stammt zu einem großen Teil aus importierten Getreide-Substituten („Ersatzstoffe“ wie Soja, Tapioka oder Corn gluten-Reste aus der US-Ernährungsindustrie) und verursacht so erhebliche regio-

nale Nährstoff-Überschüsse... Die kotziehenden Marktfruchtbetriebe rechnen ... mit der Senkung der Düngerkosten. Aber diese Kalkulation ist unvollständig: Der Trockenkot enthält Antibiotika und Krankheitskeime ... Während der Geflügelpest war der Transport aus gutem Grund absolut verboten, und auch vorher schon hatten manche Landkreise ihre heimische Tierhaltung durch Trockenkot-Importverbote geschützt (das wurde zunächst durch EU-Intervention untersagt). Auch die ... schwer bekämpfbare Unkrauthirse in vielen Rübenbeständen kommt nach Meinung von Beratern aus dem Trockenkot, außerdem das Problemkraut „Samtpappel“ ...

Also ... Hände weg vom Trockenkot!

Eckehard Niemann, Varendorf

Über 60 Bauern kündigen Mitgliedschaft in HBV!

Versammlung der IG für bessere Milchpreise am 9. Oktober 2003

Die Interessengemeinschaft für bessere Milchpreise (IG) hielt ihre zweite öffentliche Versammlung ab (in Lahntal-Sterzhausen, Kr. Marburg-Biedenkopf, Hessen). In der ersten Versammlung im Frühjahr 2003 ... wurde der HBV (Hessische Bauernverband) aufgefordert, die Vorschläge der IG aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass dieselben auch in den anderen Landesverbänden unterbreitet werden ... An der heutigen Versammlung nahmen über 120 Landwirte aus mehreren Landkreisen teil. Ziel war es, den HBV dazu zu bringen, einen Milchstreik durchzuführen und zwar bundesweit, da die bis-

herigen Maßnahmen ohne Erfolg geblieben sind. Sollte nichts geschehen, würden sie aus dem Verband austreten. Zum Schluß haben 60 Anwesende eine Austrittserklärung unterschrieben, die Ende des Jahres rechtskräftig wird, wenn der Streik nicht mit Erfolg durchgeführt wird.

Oswald Heftrig, Elbtal-Elbgrund

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Bigger – better – faster – more!!

Eindrücke von der Agritechnica

Menschen mit Schirmmützen schieben sich durch die Gänge. Wer noch keine hat, kriegt bestimmt noch eine und läuft Werbung für profi, top agrar oder diese oder jene Technik, Innovation oder Neuheit. Die großen bunten Prospekte von den großen Ständen kann man in großen Werbeeimern verstauen, die hinter den großen Haupteingängen dankbar angenommen werden. Für was da Werbung gemacht wurde, weiss ich nicht mehr. Eigentlich ist alles wie immer: Bigger – better – faster – more!! Alle (zwei) Jahre wieder bin ich dabei, früher mit Staunen, heute eher mit Raunen. Es gibt ja schließlich auch interessante Vorträge und technische Neuheiten, und außerdem habe ich mich ja auch auf den Besuch vorbereitet. Das heißt, ich brauche den Eimer nicht, weil die höchstens zwei Prospekte der Stände, die ich gezielt aufsuchen will, auch in meinem Rucksack Platz finden! Den neuesten großen Schlepper, die neueste große Kartoffeltechnik – das alles brauche ich zu Hause nicht wirklich! Groß angekündigt war diesmal auch der große Bio-Stand, auf dem wirklich großartige Verköstigungen angeboten wurden und auf dem ich viele Leute aus meinem großen Bekanntenkreis wieder traf. Inmitten von Syngenta, Monsanto, Bund deutscher Pflanzenzüchter hier also eine Insel der großen Ideale, gesponsert vom großen Ministerium? Dazu gab es noch große bunte Arbeitshandschuhe und einen riesengroßen Kalender, beides mit der Aufschrift: „Perspektive Öko-Landbau“. „Der Öko-Landbau hat keine Perspektive,“ gab mir ein alter Bekannter daraufhin zu verstehen, der eigentlich ein großer Verfechter desselben ist! Ich sagte nichts dazu, stellte mir aber insgeheim die Frage, ob ich die Wahrheit nicht zulassen will.



... aus Südniedersachsen

Ein Bauer (31 Jahre) erzählt...

100 Meter weiter im großen DLG (Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft)-Forum gab es interessante Vorträge zum Bereich Öko-Ackerbau. Dass unter dem Logo der DLG, wie vor zwei Jahren auch schon, Ökolandbauveranstaltungen abgehalten werden, ist wahrscheinlich eher den nun fließenden Geldhähnen zuzuschreiben und nicht dem politischen, ökologischen oder sozialen Engagement der Gesellschaft sowie ihres großen Vorsitzenden Philipp Freiherr von dem Bussche. Die einst wirklich großen Ideale scheinen weit weg zu sein! Ökolandbau ist toll – ganz toll, so toll wie Fendt, Syngenta, Biotechnologie und satellitenüberwachte Ackerraupen und kommt jetzt ganz groß raus! Gemischte Gefühle beim durch die Hallen nach Hause gehen. Gut, dass es inzwischen noch was anderes hier auf der Messe gibt als große Technik und große Konzerne! Gut, dass der Ökolandbau hier präsentiert wird, nur etwas mehr Realismus bitte schön und weniger GROSSE Versprechungen!

Effektive Mikroben

Eine Neuauflage des Buches „Eine Revolution zur Rettung der Erde“, in dem der japanische Gartenbau-Professor Teruo Higa (siehe Bauernstimme 9/2001) Anwendung und Nutzen effektiver Mikroorganismen erläutert, ist erschienen.

Teruo Higa: Eine Revolution zur Rettung der Erde – Mit effektiven Mikroorganismen die Probleme unserer Welt lösen. OLV Verlag 2003. 184 S., 19,90 €.
Zu beziehen über den Abl-Verlag.

Eine Revolution zur Rettung der Erde

Mit effektiven Mikroorganismen (EM) die Probleme unserer Welt lösen



OLV Verlag

Mobilfunk – Freilandversuch am Menschen

Seit Jahren häufen sich in der Nähe von Mobilfunkanlagen die Krankheitsfälle, auch von Rindern. Immer neue Studien berichten über die Schäden elektromagnetischer Strahlen. Die bisherigen Grenzwerte messen die Erwärmung des Gewebes statt die nichtthermischen Wirkungen auf die bioelektrischen Ströme in Zellen und Gehirn. Umso besorgniserregender sind die Pläne zum weiteren und flächendeckenden Ausbau von Sendemasten und Hochfrequenzfeldern. Die Autoren dieses wichtigen Buches durchleuchten diesen „Freilandversuch am Menschen“, das Interessengeflecht zwischen Industrie, Politik und Wissenschaft sowie die Qual des Wohnens in der Nähe der Sendemasten. Sie zeigen aber auch den tatsächlichen Forschungsstand und Wege der Gegenwehr. Ein Standardwerk, das hoffentlich auch die vielen Bäuerinnen und Bauern ermutigt und unterstützt, die sich gegen Mobilfunk-Schäden wehren. en

Thomas Grasberger, Franz Kotteder: Mobilfunk – Ein Freilandversuch am Menschen. Verlag Antje Kunstmann, München, 2003. 288 Seiten, 16,90 €.
Zu bestellen über den Abl-Verlag.

Getreidehandelsadressen

Detaillierte Informationen über die Getreidehandelsfirmen Deutschlands, geordnet nach Firmen, Orten, Produkten, Logistik und Aktivitäten. Mit Personenregister.

Getreidehandelsadressbuch 2003. Agrimedia GmbH 2003. 310 S., 89,- € (mit CD-Rom 149,- €).

Das neue Buch von Matthias Stührwoald wird auf Seite 24 vorgestellt.

Herrenhäuser

Weitere 19 Güter und Schlösser beschreibt die Fernseh-Moderatorin Alida Gundlach in ihrem zweiten Band zu den Herrenhäusern in Niedersachsen. Der Bildband bietet nicht nur anschauliche Einblicke in die Geschichte, sondern auch in frühere und heutige Lebensstile seiner Bewohner. Die allermeisten Herrensitze sind heute nicht mehr Zentrum von Landwirtschaft, sondern von Kunst, Touristik und Pferdesport. Die vielen hervorragenden Fotos laden ein zum Besuch dieser Attraktionen. en

Alida Gundlach/NDR (Hg.): Herrenhäuser in Niedersachsen 2. 164 S., 20 €.
Schlütersche GmbH Hannover; ☎ 0511-85 50-36 25.

Grundlagen zum Lebensmittelrecht

Mit der Verordnung (EG) 178/2002 hat die EU allgemeine Grundsätze zum Lebensmittelrecht festgelegt, die nicht nur zur Einrichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit führt, sondern auch direkt das deutsche Lebensmittelrecht bestimmt. Der vorliegende Kommentar will all denen, die berufsmäßig davon betroffen sind, einen grundlegenden Einstieg ins Thema ermöglichen. Hierbei wird die Vernetzung mit den internationalen Standards und Leitlinien des Codex Alimentarius betont, der an vielen Stellen entsprechende Regelungen in EU und Deutschland bestimmt bzw. mancherorts als Maßstab für Regelungen betrachtet wird. en

Dietrich Gorny, Grundlagen des europäischen Lebensmittelrechts, B. Behrs Verlag, Averhoffstr. 10, 22085 Hamburg, 2003. 232 Seiten, 69,02 €.

Behörden und Organisationen

Als Wegweiser zu etwa 8.000 nationalen und internationalen Behörden, Verbänden und Organisationen wird sich auch die neue Ausgabe dieser Adress-Sammlung bewähren, und zwar u.a. zu Bundes- und Landesbehörden, Kammern, Beratung, Ausbildung und Forschung, Pflanzen- und Tierproduktion. Genannt werden auch die jeweils relevanten Ansprechpartner, mit Telefon-, Fax- und E-Mailadressen. Die Suche wird erleichtert durch Verzeichnisse von Sachworten und 12.000 Personen. en

Behörden und Organisationen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft 2003/2004. 708 S., 141,78 €. B. Behr's Verlag, Averhoffstr. 10, 22085 Hamburg. ☎ 040-2270080, Fax -2201091

Vermarktungsinitiativen

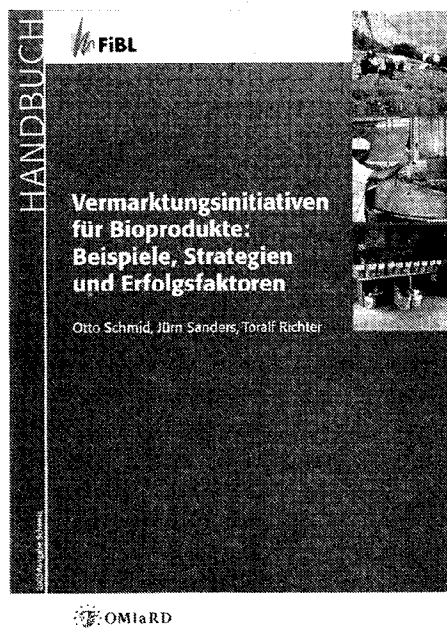
Schweizer Vermarktungsinitiativen für Bioprodukte und eine süddeutsche Erzeugerverbraucher-Gemeinschaft werden in zwei Broschüren unter die Lupe genommen

Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) stellt in einem Handbuch unterschiedliche schweizer Vermarktungsinitiativen vor. Bündeln des Angebots schafft mehr Marktmacht gegenüber den Abnehmern und kann die Möglichkeit eröffnen, bessere Preise für die Produkte zu erzielen. Doch während einige Vermarktungsinitiativen die Nachfrage nach ihren Produkten kaum decken können, haben andere Absatzprobleme. Die Autoren sind der Frage nachgegangen, warum einige Erzeugergemeinschaften erfolgreicher sind als andere, und haben aufgrund ihrer Ergebnisse Checklisten entwickelt, an denen sich ähnliche Initiativen in Planung und Weiterentwicklung orientieren können. 15 Initiativen werden porträtiert, zum Beispiel eine Käsegenossenschaft, eine Molkerei-Aktiengesellschaft,

mit der Abnehmerseite zusammenzuarbeiten, als in Deutschland. Übertragbar auf hiesige Verhältnisse sind jedoch viele Fragen zur Marktabschätzung und dazu, wie sich verschiedene Partner für eine bessere Vermarktung organisieren können. Damit ist die Broschüre interessant für Erzeuger und andere, die sich mit dem Gedanken an die Gründung einer Vermarktungsinitiative tragen oder frischen Wind in ihre Erzeugergemeinschaft bringen möchten.

Regionales Netz

Eine weitere Broschüre zum Thema kommt aus Süddeutschland: Die Erzeugerverbraucher-Gemeinschaft Tagwerk wurde 1984 gegründet. Die 100 Biobauern, die Mitglieder sind, beachten neben den Richtlinien ihrer Anbauverbände noch die der Tagwerk-Gemeinschaft, vor allem im Bereich der Landschaftspflege. Nun haben Wissenschaftler das Projekt untersucht und die Kurzfassung der Studie in der Broschüre „regional vernetzt“ herausgegeben. Hierin wird die Organisationsstruktur von Tagwerk im Wandel der Zeit analysiert und ein Nachhaltigkeits-test wird durchgeführt: Die Ökobilanzen für die regional erzeugten Produkte fallen in dieser Studie im Gegensatz zu einer anderen jüngst veröffentlichten sehr positiv aus. Interessanter Einblick und Anregung für alle, die sich in Netzwerken mit regionaler Vermarktung beschäftigen. ak



regional vernetzt



Eine Erzeugerverbraucher-Gemeinschaft unter der Lupe

eine Erzeugerverbraucher-Genossenschaft mit Gemüse-Abonnementsystem. Neben der Organisationsform sowie einer kurzen Firmengeschichte werden von den Autoren auch Stärken und Schwächen der jeweiligen Initiativen analysiert. Im allgemeinen Teil der Broschüre werden Erfolgsfaktoren für Vermarktungsinitiativen vorgestellt, mit dem Ziel, maßgeschneiderte Strategien für neue Initiativen entwickeln zu können: Ziehen alle Beteiligten an einem Strang? Wurde schon eine Marktanalyse gemacht? Wer übernimmt die Führung der Geschäfte? Auch auf Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Partnern wird eingegangen.

In der Schweiz werden Bio-Lebensmittel überwiegend entweder direkt oder über die zwei größten Supermarktketten vermarktet, daraus ergeben sich andere Möglichkeiten für die Vermarktungsinitiati-

Otto Schmid, Jörn Sanders und Toralf Richter: Vermarktungsinitiativen für Bioprodukte: Beispiele, Strategien und Erfolgsfaktoren. FiBL 2003. 55 S., 18,70 €. Zu beziehen über den Abl-Verlag.

regional vernetzt – Eine Erzeugerverbraucher-Gemeinschaft unter der Lupe. 2003. Als Broschüre zu bestellen bei Inge Asendorf, Tagwerk e.G., Siemensstr. 2, 84405 Dorfen, ☎ 08081/937920 gegen 6 x 0,55 € in Briefmarken oder kostenlos im Internet unter: <http://www.regional-vernetzt.de/>

Die Kunst, zu schlachten

Ausstellung mit Zeichnungen von Tomi Ungerer

Tomi Ungerer ist bekannt als Autor vieler Kinder- und Erwachsenenbücher sowie als Karikaturist, der das Zeitgeschehen der letzten Jahrzehnte kritisch begleitet hat. Anlässlich seines 72. Geburtstags stellt das Fleischermuseum Böblingen in Zusammenarbeit mit dem Centre Tomi Ungerer, Musées de Strasbourg, einige seiner Werke aus.

Neben gesellschaftskritischen Zeichnungen sind dort Illustrationen aus dem Buch „Heute hier, morgen fort“ zu sehen. In die-

sem Buch erzählt Tomi Ungerer in Worten und Bildern aus den Jahren 1971 bis 1976, in denen er mit seiner Frau Yvonne auf einem Einödhof in Kanada lebte. Die beiden versorgen sich aus eigener Landwirtschaft, das Einfangen eingeschneiter Schafherden gehört zum Leben wie die Begegnungen mit den teils schrulligen Nachbarn und die Angewohnheiten liebgegener Haustiere. Zu Beginn des Winters wird das erste Schwein geschlachtet, als Anleitung dient den Neulingen lediglich eine Broschüre, Skrupel werden schnell überwunden: „Unser Argument war: Seien wir ehrlich, wir essen Fleisch, Tiere werden gewöhnlich von Stellvertretern getötet und dann von Scheinheiligen gegessen, die beim Anblick von Blut in Ohnmacht fallen. Jeder, der Fleisch isst, ist ein Mitläufer beim Morden und wenn es etwas gibt, was ich nicht sein möchte, ist es ein Mitläufer.“ So stellt das Landleben sie immer wieder vor Herausforderungen. Das Buch lebt davon, dass auch die Widersprüche genannt werden.

Ausstellung vom 28. November 2003 bis 15. Februar 2004, Deutsches Fleischermuseum Böblingen, Marktplatz 27 (Vogtshaus), ☎ 07031/669-473

Buchtipp***Tomi Ungerer: Heute hier, morgen fort. Diogenes 1988. 170 Seiten, 12,90 €. Zu beziehen über den ABL-Verlag.



Bestellcoupon für ehrliches Essen

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2003: 21,- €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2002 als CD: 19,80 €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2001: 20,00 €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000: 19,00 €	_____ €
.... Expl. Der kritische Agrarbericht 1999: 18,00 €	_____ €
Sonder-Paketpreise: 2 Ausgaben 30,00 €, 4 Ausgaben 55,00 €	
Ältere Ausgaben 1996-1998 je 5,00 €	_____ €
1993-1998 je 2,50 €	_____ €
.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen: 17,95 €	_____ €

außerdem:

Porto: 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck Summe: _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

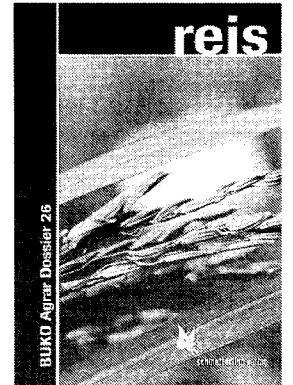
Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Reis

Aufsätze rund um Saatgut, Traditionen und Gentechnologie beim asiatischen Reisanbau.

Reis landet bei uns direkt aus der Tüte im Kochtopf, über die Anbaubedingungen in den Erzeugerländern denken nur Wenige nach. Einen aktuellen Einblick in die Diskussion um den Reisanbau in verschiedenen asiatischen Regionen bietet das neue BUKO Agrar Dossier Reis. In ungewöhnlicher Mischung sind die Aufsätze zusammengestellt: neue Anbautechniken zur Ertragsteigerung, die ohne Einsatz von teuren Hohertragsorten zu guten Erträgen kommen, grundsätzliche Überlegungen zu Zielen der Pflanzenzüchtung und Portraits einzelner Reiserzeugerregionen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Broschüre, dass mit der Patentierung und Gentechnologie nicht der Hunger bekämpft werden kann. Technik alleine, auch nicht der hochgejubelte „Goldene Reis“, dem mittels Gentechnik Vitamin A zugefügt wird, kann ungerechte Landverteilung und zu geringe Einkommen als Ursachen des Hungers nicht verändern. Nicht nur das wichtigste Grundnahrungsmittel, sondern Teil der Identität ist Reis zum Beispiel in Thailand. Dort kämpfen Kleinbauern für den Schutz ihres Jasminreis, der zu großen Teilen in die USA exportiert wurde und dort nun zunehmend patentgeschützt durch einen „Jasminreis“ verdrängt wird, der weder aus Thailand kommt noch aus Jasmin-Sorten erzeugt wird. Immer wieder wird auf die Ansätze der Grünen Revolution und heutigen Parallelentwicklungen eingegangen, denn nach wie vor wird an der Schnittstelle zwischen öffentlicher Forschung und transnationalen Saatgut- und Agrarkonzernen wie Monsanto oder Bayer versucht, die Rechte der Bäuerinnen und Bauern am eigenen Saatgut auszuhebeln. Beim Lesen der Aufsätze unterschiedlicher Autoren gibt es etliche Parallelen zur Landwirtschaft in Europa, ob Nachbau oder die Fragen, wie agrarpolitische Entscheidungen fallen und warum beim überwiegend für den Eigenverbrauch angebaute Reis von Kleinbauern plötzlich Patent- oder Sortenschutzbestimmungen eingeführt werden müssen.

BUKO Agrar Koordination: Reis. Agrardossier 26. 110 S., Schmetterling Verlag 2003, 8,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.



Weitere BUKO Agrar Dossiers

Biologische Vielfalt, BUKO Agrar Dossier 25

Anregungen rund zum Thema Saatgut, Recht am eigenen Saatgut und der Bedeutung der biologischen Vielfalt für Bäuerinnen und Bauern vor allem in südlichen Ländern bietet die Broschüre. Eine Bewertung der Grünen Revolution und welche Technologien Kleinbauern in Entwicklungsländern wirklich nutzen könnten sowie anschauliche Beispiele der Saatgutpflege locken zum Schmökern.

Biologische Vielfalt. BUKO Agrar Dossier Nr. 25. 127 S. 8,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Tabak, BUKO Agrar Dossier 24

Der Band ist kein Buch für oder gegen den Genuss von Tabak. Aus unterschiedlicher Perspektive wird sich der Pflanze angenähert, Produktionsbedingungen in der Tabakindustrie, Gifteinsatz im Anbau statt beim Genuss und die Folgen für die Landarbeiter. Die internationale Anti-Tabak-Kampagne wird genauso kritisch beleuchtet wie die Anbaubedingung in den Erzeugerländern Zimbabwe, Brasilien, Kenia und den USA.

Tabak, BUKO Agrar Dossier 24, Okt. 2000, 112 S., 7,80 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Milch, BUKO Agrar Dossier 23

Das Heft eröffnet die entwicklungspolitische Diskussion zum Thema Milch und zeigt die Folgen der subventionierten Milcheporte der EU auf andere Regionen der Welt. Neben Portraits milcherzeugender Regionen werden Artikel zu Biomilch, Futtermittelhandel, Milchmarkt und Hormonmilch vorgestellt.

Milch, BUKO Agrar Dossier 23, Juli. 2000, 100 S., 7,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Bananen, BUKO Agrar Dossier 22

Dieses Buch liefert Zusammenhänge und Hintergründe zur Vielfalt der Banane, zu deren Kolonialgeschichte und zur gegenwärtigen Handelspolitik. Es berichtet, wie Bananen angebaut und genutzt werden und informiert über die Kampagnen für einen gerechten Handel mit der süßen Frucht.

Bananen, BUKO Agrar Dossier 22, Jan. 2000, 105 S., 8,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Saatgut, BUKO Agrar Dossier 20

Aufsätze rund um das vielfältige Thema Saatgut, von den geschichtlichen Veränderungen der Pflanzenzüchtung, der Revolution durch die Gentechnik, dem internationalen Saatgutmarkt bis zu den Strategien für eine alternative Pflanzenzüchtung und den Erhalt der biologischen Vielfalt.

BUKO Agrar Dossier 20, Okt. 1998, 96 S., 7,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Bitte vormerken!

AbL-Bauerntag 2004

am 13. und 14. Februar 2004 in Brandenburg

Öffentliche agrarpolitische Tagung und Exkursion
u.a. mit Bundesministerin Renate Künast
in der Heimvolkshochschule am Seddiner See



Programm folgt

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

AbL KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoltd, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, ☎ 05865-988360 und Fax 05865-829
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Holleemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Northessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Quellenweg 6, 56288 Bell, ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Ulrike Hanen, Kirchplatz 5, 54636 Rittersdorf, ☎ u. Fax 06561/695486

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Siegfried Jäckle, Spittelhof, 78112 St. Georgen-Oberkornach, ☎ 07724/7992
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: /52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Altes Schulhaus, 17091 Wolkow, ☎ 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Burgstr. 11, 19336 Plattenburg, ☎ 03879/12518, Erich Degreif, Gut Breite, 14547 Stücken, ☎ 033204/35648, Fax: -35649
Bernd Hüsgen, Dorfstr. 2, 15837 Groß-Ziescht, ☎ 033704/66161

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, ☎ 037323/50129, Fax: 15864

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937

Arbeitsgruppe ökologischer Landbau: Dietmar Groß, Am Dorfbrunnen 1, 34576 Homberg-Mühlhausen, ☎ 05681/2607

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreienzen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529

IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221. E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.abl-ev.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221, homepage: www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Satz:** Overhaus, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Verliebt Trecker fahren

Matthias Stührwoldt, Bauer und Abler aus Schleswig-Holstein, hat ein Buch mit Geschichten aus dem bäuerlichen Alltag veröffentlicht



Damals, als ich ein Kind war, so fängt jetzt also der wirklich nostalgische Teil dieser Geschichte an. Damals also, als ich ein Kind war, damals gab es noch keine Tannenbaumplantagen. Jedenfalls wusste ich nichts davon. Mein Vater und ich sind irgendwann mit unserem Frontladerfendt losgefahren, um „den Herrschaften vom Gut mal einen schönen Baum zu klauen“, wie mein Vater sich ausdrückte. Dick eingemummelt, bewaffnet mit der Bügelsäge, und natürlich lag Schnee ohne Ende, so dass wir, im Mischwald angekommen, zunächst einmal den Schnee von den Tannen und Fichten schüttern mussten, um die Bäume zu beurteilen. Dann suchten wir lange im Wald herum, und ich hatte Angst, der Gutsherr oder sein Förster würde uns entdecken, als Wilderer stellen und standrechtlich erschießen. Oder uns für Wildschweine halten und zur Strecke bringen, Waidmannsheil!

Wer hier weiterlesen möchte, Geschichten zu jeder Jahreszeit, der braucht das Buch „Verliebt Trecker fahren“ von Matthias Stührwoldt! In 29 Episoden erschließt sich da dem Leser ein unspektakulärer bäuerlicher Lebenslauf von der Kindheit im dörflichen Mikrokosmos mit dem entsprechenden Arsenal an typenechtem landwirtschaftlichem Spielzeug – bemerkenswert „der Claas Terminator 9000 mit Fahrerkabine und herab klappbarem Schneidetisch!“ – über die Schulzeit des aufmüpfigen zotteligen Abiturienten in der 80ern, weiter mit der landwirtschaftlichen Ausbildung und den üblichen Generationskonflikten mit dem Vater über lange Haare „Mudder, hol die Scher-

maschine!“ und ökologischen Landbau, bis zur Hofübernahme und Familiengründung mit der Liebsten. Mit lockerer Feder und skurrilem Witz beschreibt Stührwoldt die Freuden und Pleiten des bäuerlichen Wirtschaftens wie des Familienlebens, die Geschichten immer eingebettet in die Umstände bäuerlicher Zeitrechnung „Unser Hof war gerade erst buchführungspflichtig geworden.“

Von der Frühpubertät an ist das Interesse des Jungbauern am weiblichen Geschlecht groß, so dass – der Titel deutet es an – neben der Arbeit Lust und Liebe in vielen Geschichten eine große Rolle spielen, wie im richtigen Leben eben. Angefangen bei Frida, der ersten Liebe, die dem Gymnasiasten zeigt, wie schön es sein kann, Bauer zu sein, bis zur Liebsten, der letztendlichen Ehefrau, erzählt der nach Selbsteinschätzung geradezu schüchterne Landmann einige herzerfrischende und augenzwinkernde Anekdoten

über attraktive junge Frauen, die bäuerliche Naturburschenerotik durchaus zu schätzen wissen.

Neben der Familie und den Freundinnen lernen wir aber auch markante Typen des Dorfes wie Metzger „Gandhi“ kennen. Bäuerliche Weihnachtsmärchen erzählen vom fiesem Großgrundbesitzer, der zum Wohltäter des Dorfes geläutert wird, oder von weißen Weihnachten damals, als alles noch besser war.

Egal ob selbst erlebt oder selbst erfunden, auf jeden Fall witzig geschrieben sind die Geschichten aus dem bäuerlichen Leben, in deren Mittelpunkt immer die Menschen stehen, die Liebe zum Land und das Glück, das sich hier – trotz alltäglicher Plackerei und gelegentlichen adrenalinsteigernden Aktionen mit rennenden Rindviechern – finden lässt.

Bei all dem Ärger über schlechte Preise, bürokratischen Schwachsinn und agrarpolitische Zumutungen, der den gemeinen bäuerlichen Alltag immer häufiger vergiftet, geht diese Liebe leider viel zu oft verloren. Ein Grund mehr, Stührwoldts Buch zur Hand zu nehmen und immer wieder herzlich zu lachen.

Ulrike Ostendorff und Hugo Gödde

„Verliebt Trecker fahren“ von Matthias Stührwoldt erscheint im Dezember im ABL-Verlag. Das Buch hat 193 Seiten und kostet 9,90 Euro.

UNABHÄNGIGE

12/2003

Bauernstimme für neue Trends

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, - im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26, - € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221